



Keine Einzelfälle

Wie der Staat mit rechten Soldat*innen
und ihren Netzwerken umgeht

Eine Broschüre der

IMI Informationsstelle
Militarisierung e.V.

Inhalt

Editorial

Keine Einzelfälle 3

von Alexander Kleiß und Martin Kirsch

Haltungsproblem, Führungsschwäche, Korpsgeist

**Warum die Debatte um Konsequenzen aus den rechten Netzwerken bereits vor deren
Auffliegen endete** 5

von Martin Kirsch

Erschreckend ähnlich

Rechte Vorfälle und die folgende Debatte in den 1990er Jahren 16

von Martin Kirsch

Kommando Spezialkräfte

Alles beim Alten? 18

von Alexander Kleiß

Die Farbenlehre des MAD

Per Definition keine Nazis vorhanden 26

von Alexander Kleiß

Rechte (Netzwerke) vor Gericht

Wie die Justiz einen vermeintlichen Schlusstrich unter das Hannibal-Netzwerk zieht 28

von Luca Heyer

AfD in rechten Netzwerken

Politischer Arm des Rechtsterrorismus? 34

von Luca Heyer

Und die Polizei?

Auch Polizeibehörden haben ein massives Problem mit rechten Netzwerken 37

von Martin Kirsch

Editorial

Keine Einzelfälle

von Alexander Kleiß und Martin Kirsch

Ende Oktober 2022 besucht Verteidigungsministerin Christine Lambrecht das kleine Städtchen Calw im Nordschwarzwald. Dort ist das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr stationiert. Waren die Besuche von Politiker*innen und Generälen in Calw in den letzten Jahren eher durch Skandale, Problemvermessungen, und die Verkündung von Reformvorhaben geprägt, schlägt die aktuelle Verteidigungsministerin bei ihrem Antrittsbesuch einen anderen Ton an: „Ich kann den Frauen und Männern beim KSK mein vollstes Vertrauen aussprechen.“

Fünfeinhalb Jahre nach dem Auffliegen von Franco Albrecht und seinen Terrorplänen, vier Jahre nach den ersten Berichten über das Hannibal-Netzwerk und knapp zweieinhalb Jahre nachdem die Zerschlagung des Kommando Spezialkräfte aufgrund gehäufte rechte Vorfälle diskutiert wurde, zieht die Verteidigungsministerin damit einen Schlussstrich.

Das KSK wird, wie die gesamte Bundeswehr, für die von Kanzler Olaf Scholz Ende Februar 2022 ausgerufene Zeitenwende gebraucht. Skandale um rechte Soldat*innen und Fragen nach nötigen Reformen, gar einer grundlegenden Demokratisierung der Bundeswehr, kommen da äußerst ungelegen. Deshalb steht das alte Narrativ der Einzelfälle wieder im Zentrum der politischen Kommunikation.

Das Online-Wörterbuch Wiktionary definiert einen Einzelfall als ein „einmaliges Ereignis“ oder eine „einmalige Erscheinung“. Die inflationäre Verwendung dieses Begriffs steht damit im offenen Widerspruch zur Realität in der Armee. Es drängt sich die Erkenntnis auf, dass es sich eben nicht um ein „einmaliges Ereignis“ handelt, wenn rechte Chatgruppen aufgedeckt werden, Waffendepots bei rechten Soldat*innen gefunden werden, wenn ganze Bundeswehr-Kompanien Rechtsrock hören oder gemeinsam Adolf Hitlers Geburtstag feiern. Weshalb wird der Begriff von den politisch Verantwortlichen dennoch so häufig verwendet?

Eine alternative Definition bietet der Duden: Ein

Einzelfall ist demnach ein „konkreter, einzelner Fall (der jeweils individuell zu beurteilen oder zu behandeln ist)“. Den Verantwortlichen, beispielsweise im Verteidigungs- oder Innenministerium geht es darum, die Fälle jeweils individuell zu behandeln. Oder anders gesagt: Ihnen geht es darum, eine Betrachtung jener Strukturen zu verhindern, welche die vielen „Einzelfälle“ möglich machen und begünstigen. Würde man sich in den Ministerien ernsthaft die Frage stellen, weshalb Bundeswehr und Polizei gerade für Rechtsradikale eine so große Anziehungskraft haben, dann würde dies einige Grundlagen dieser Institutionen bedrohen: den Dienst fürs Vaterland, den Dienst an der Waffe, klare Befehlketten, ein patriarchales und archaisches Selbstbild als Krieger, den Korpsgeist in den Einheiten, die Kontinuitäten seit dem Nationalsozialismus und einen bis heute andauernden Antikommunismus – um nur einige prägnante Beispiele zu nennen.

Davon ausgehend ist klar: es sind und waren nie Einzelfälle, sondern Symptome der strukturellen Probleme, die in diesen Institutionen vorherrschen und durch ihre Aufgabenstellungen hervorgebracht werden.

Mit der Broschüre, die ihr in euren Händen haltet, wollen wir, ausgehend von den „Einzelfällen“, die Debatten der vergangenen Jahre in einen größeren Zusammenhang einordnen. Unseren Fokus legen wir darauf, wie die Regierung, das Verteidigungsministerium, das Parlament, der Militärgeschichtsdienst, die Justiz und die Gesellschaft mit der Masse rechtsradikaler Soldat*innen und deren Vernetzung umgegangen sind. Die folgenden Themen erwarten euch:

Vor fünfeinhalb Jahren, im Mai 2017, gab die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, ein Fernsehinterview, in dem sie ein „Haltungsproblem“ der Truppe sowie „Führungsschwäche“ und einen „falsch verstandenen Korpsgeist“ in der Bundeswehr anprangerte. Mit ihren Plänen einer Aufarbei-

tung und dem Ziel, die zugrundeliegenden Strukturen anzugehen, scheiterte sie letztendlich. Nach massiver Kritik zog sich die als große Aufklärerin in den Ring gestiegene Verteidigungsministerin Schritt für Schritt wieder auf die Einzelfallthese zurück. Die Auswirkungen dieser gescheiterten Debatte um strukturelle Reformen wirken bis heute fort.

Ein kurzer Blick auf rechte Vorfälle in der Bundeswehr und die folgenden Debatten in den 1990er Jahren zeigt, dass sich die Aufklärungsrituale in den letzten gut 20 Jahren kaum geändert haben.

Vor zweieinhalb Jahren, im Juni, stellte Annegret Kramp-Karrenbauer das KSK aufgrund der massiven Häufung rechter Vorfälle auf den Prüfstand. Sie kündigte an, mit „eisernem Besen“ durchzukehren. Die Zerschlagung des gesamten Verbandes stand, in Abweichung zur gängigen Erzählung von Einzelfällen, zur Debatte. Der anschließende Reformprozess wurde nach einem Jahr als voller Erfolg verkauft. Schaut man hingegen auf die Details, ist von einer grundlegenden Aufarbeitung der Probleme des Eliteverbandes wenig zu sehen.

Eine zentrale Rolle bei der Enttarnung und Entlassung rechter Soldat*innen aus der Bundeswehr spielt der Militärische Abschirmdienst. Der Militärgeheimdienst kategorisierte verdächtige Soldat*innen allerdings lange so, dass selbst Hitlergrüße und offensichtliche Kontakte in die rechte Szene nicht zu einer Einordnung als „Rechtsextremisten“ führten. Das Phänomen wurde damit faktisch unsichtbar gemacht.

Drei Monate nach dem Urteil gegen Franco Albrecht im Juli 2022 wagen wir einen Blick zurück. Wie verliefen die Gerichtsprozesse und Ermittlungsverfahren gegen Einzelpersonen des Hannibal-Netzwerks? Muss sich auch die Justiz vorwerfen lassen, für deren politischen Motive und Netzwerkstrukturen blind zu sein?

Unter den politischen Parteien nimmt die AfD mit Blick auf rechte Netzwerke in der Bundeswehr eine besondere Rolle ein. So finden sich nicht nur Mitglieder und Anhänger, sondern auch Personen mit Parteiämtern unter den zentralen Figuren des Hannibal-Netzwerks und in dessen Ausläufern. Das verwundert wenig, will der faschistische Flügel doch explizit Soldat*innen und Polizist*innen für seine Phantasien einer Machtübernahme gewinnen.

In einem kleinen Exkurs blicken wir zum Abschluss noch über den Tellerrand der Bundeswehr. Beispielhaft zeigen die Ermittlungen zur Serie von Drohschreiben mit dem Absender NSU 2.0 auf, welche Geflechte rechter Chatgruppen sich in den Polizeibehörden bei genauerem Hinsehen finden lassen.

All diese Betrachtungen zusammengekommen ist es umso erschreckender, mit welcher Blindheit diverse staatliche Institutionen auf Versuche, bewaffnete staatliche Institutionen von rechts zu unterwandern, reagieren. Auch wenn die öffentliche Debatte sich längst anderen drängenden Problemen widmet, bleibt der Blick auf diesen Themenkomplex bitter nötig – bekommt durch die neue Aufrüstungsdynamik und die fortschreitende Organisierung von Faschist*innen auf den Straßen und in den Parlamenten zudem eine neue Dringlichkeit.

Bevor wir eine gute und hoffentlich gewinnbringende Lektüre wünschen, wollen wir uns noch bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der DFG-VK Stuttgart für ihre finanzielle Unterstützung sowie bei unseren Kolleg*innen der Informationsstelle Militarisierung für ihren Input und die Hilfe bei der Umsetzung bedanken.

Haltungsproblem, Führungsschwäche, Korpsgeist

Warum die Debatte um Konsequenzen aus den rechten Netzwerken bereits vor deren Auffliegen endete

von Martin Kirsch

Warum wurde das Hannibal-Netzwerk auch auf dem Höhepunkt der Aufmerksamkeit nicht zum Thema einer der großen Fernsehtalkshows? Das Team der TAZ um Christina Schmidt, das maßgeblich an der Aufdeckung des Hannibal-Netzwerks beteiligt war, stellte diese Frage auf der Medienmesse re:publica 2019 scherzhaft verpackt ihrem Publikum.¹ Eine Antwort darauf könnte lauten, dass die Debatte um strukturelle Kritik an der Bundeswehr mit Bezug auf Ultrarechte und Neonazis in ihren Reihen sowie des Umgangs von Vorgesetzten mit ihren rechten Untergebenen bereits im Frühjahr 2017 eröffnet und genau so lautstark wie schnell wieder begraben wurde.

Als das Hannibal-Netzwerk ab November 2018 an die Öffentlichkeit gebracht wurde, hatte die Truppe längst auf Trotzmodus umgestellt; die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen war mit einem grundlegenden Versuch der Aufklärung rechter Strukturen in der Bundeswehr bereits im Mai 2017 gescheitert. Aber auch relevante politische Parteien und große Teile der bundesweiten Presse hatten sich bereits ein Jahr zuvor entschieden: Wer die Strukturen in der Bundeswehr, die rechtes und herabwürdigendes Verhalten befördern, kritisiert, spricht nicht primär ein drängendes Problem dieser Gesellschaft an, sondern macht sich des Vergehens der Beleidigung eines gesamten Berufsstandes und damit von rund 180.000 aktiven und hunderttausenden ehemaligen Soldat*innen schuldig.

Das Narrativ der Einzelfälle sollte aufrechterhalten bleiben. Es hatte in der Bundesrepublik schließlich seit den 1950er Jahren gut funktioniert, die Bundeswehr so gegen Kritik zu immunisieren. Dass ehemalige Wehrmachtsoffiziere die Bundeswehr aufbauten und ihre tatsächlichen sowie geistigen Zöglinge sich dort prächtig einrichteten konnten, wurde bis auf einzelne allzu offensichtliche Ausreißer seit Anbeginn

akzeptiert. Solange die Armee Staat und Volk vor „dem Russen“ und später „dem Taliban“ sowie die deutschen Handelsschiffe vor Piraten schützte, war es nicht von allen gern gesehen, aber geduldet, dass Rechte sich in der Bundeswehr tummeln – sofern sie ihre Meinung nicht allzu öffentlich und deutlich äußerten.

Zur Debatte stand dies plötzlich im Frühjahr 2017. Nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen waren schockiert darüber, welch rohes Soldatenbild, samt Schikane und sexualisierten Übergriffen sich mindestens in Teilen der Truppe konserviert hatte. Als dann bekannt wurde, dass ein überzeugter rechtsradikaler Offizier trotz deutlicher Hinweise über Jahre in der Truppe belassen wurde und mit Hilfe von Kameraden Terrorpläne schmieden konnte, wurde in aller Öffentlichkeit die Frage diskutiert: Wie rechts ist die Bundeswehr und gibt es dort rechte Netzwerke unter den Soldat*innen, die in radikaler Opposition zur Flüchtlingspolitik der Merkel-Regierung sogar bereit sind die Repräsentant*innen und Strukturen des Staates, dem sie formal dienen, anzugreifen?

Es dauerte im Mai 2017 allerdings nur eine Woche, bis die Pläne, die Bundeswehr umzukrempeln, um sie von ihren rechten Kamerad*innen und menschenverachtenden Ritualen zu befreien, wieder ad acta gelegt wurden. Was war passiert und wie wirkt die damalige Debatte bis heute fort?

Frühjahr der Skandale – Vertuschung und Schönreden hat Methode

Am 27. Januar 2017 berichtete der Spiegel² von Ermittlungen in der Bundeswehrkaserne im süd-württembergischen Pfullendorf. Am dortigen Ausbildungszentrum Spezielle Operationen sollen während

der Ausbildung von Spezial-Sanitäter*innen „sexuell-sadistische Praktiken an der Tagesordnung“ gewesen sein. Der Verdacht der „Freiheitsberaubung, gefährlichen Körperverletzung, Gewaltdarstellungen und Nötigung“ stand im Raum. Ins Rollen gekommen waren die Ermittlungen, nachdem sich eine angehende Offizierin im Oktober 2016 an den Wehrbeauftragten wandte um dort beobachtete Praktiken anzuzeigen. Daraufhin wurden zudem „bizarre Erniedrigungsrituale“ als Praxis unter den Mannschaftssoldat*innen entdeckt.

Am 20. März 2017 berichteten diverse Medien³ von Vorfällen in der Gebirgsjägerkaserne in Bad Reichenhall. Dort hatte sich, ebenfalls bereits im Herbst 2016, ein Betroffener an den Wehrbeauftragten gewandt. Im Raum standen Vorwürfe der sexuellen Belästigung, Nötigung und Diskriminierung gegen 12 Mannschaftssoldat*innen und zwei mit der Ausbildung betraute Unteroffiziere.

Nachdem in kürzester Zeit mehrere Fälle von Grenzverletzungen und Gewaltausübung in Ausbildungseinrichtungen des Heeres mediale Aufmerksamkeit erreichten, die interne Aufarbeitung dieser Fälle allerdings versandete, beschloss Verteidigungsministerin von der Leyen den für die Heeresausbildung zuständigen General Walter Spindler am 26. April 2017 seines Postens zu entheben.⁴ In diesem Zuge wurde öffentlich bekannt, dass in der Einrichtung für die Unteroffiziersausbildung des Heeres im thüringischen Sondershausen schwere Schikane durch zwei Ausbilder zum Alltag gehörte. Erste Beschwerden waren hier bereits seit Mai 2016 eingegangen.⁵

Ein weiterer Fall, der dazu geführt haben dürfte, war zum Zeitpunkt der Abberufung Spindlers noch gar nicht öffentlich bekannt: Bereits am 3. Februar 2017 war der junge Bundeswehroffizier Franco Albrecht in Wien festgenommen worden, als er eine Pistole abholen wollte, die er zuvor in einer Flughafentoilette



Feierlichkeit der Bundeswehr zum 70. Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 2014.
(Quelle: Bundeswehr, Sebastian Wilke, Flickr)

versteckt hatte. Die folgenden Ermittlungen des BKA ergeben, dass der Offizier ein Doppelleben führte und sich parallel zu seiner Bundeswehrkarriere als vermeintlicher syrischer Flüchtling registriert hatte. Am 26. April wurde Albrecht auf dem Bundeswehrgelände in Hammelburg wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat festgenommen. Einen Tag später berichtete Die Welt über die Festnahme. Die Schlagzeile lautet: „Als Flüchtling registrierter Soldat unter Terrorverdacht festgenommen“.⁶

Die bundeswehrinternen Ermittlungen ergaben, dass Albrecht bereits 2013 als Austauschstudent an der französischen Elite-Militärakademie in Saint-Cyr eine aus völkischen, rassistischen und antisemitischen Thesen bestehende Masterarbeit abgegeben hatte. Die Arbeit wurde von seinen französischen Vorgesetzten als „völkisch und antisemitisch“ abgelehnt und daraufhin von einem deutschen Militärhistoriker überprüft. Dieser Gutachter kam zu dem Schluss: „Bei dem Text handelt es sich nach Art und Inhalt nachweislich nicht um eine akademische Qualifikationsarbeit, sondern um ein radikalnationalistischen, rassistischen Appell, den der Verfasser mit einigem Aufwand auf eine pseudo-wissenschaftliche Art zu unterfüttern sucht.“⁷

Der Gutachter sieht keinen Zweifel daran, „dass es in den Augen des Oberleutnants für die Anwendung von Gewalt nur den einen Rechtfertigungsgrund gibt: den Schutz der eigenen Identität und des eigenen Volkes gegen ‚ausländische Elemente‘“.⁸ „Es würde mich sehr interessieren, welche Konsequenzen es hat“, fügte der Gutachter seinen Ausführungen hinzu.⁹

Seine deutschen militärischen Vorgesetzten glaubten allerdings nicht den Ausführungen des Gutachters, sondern den Ausflüchten Albrechts. Sie drückten für den „Mustersoldaten“ zwei Augen zu.¹⁰ Albrecht konnte seine Offizierskarriere nach einer Ermahnung, aber ohne eine Meldung beim Militärgeheimdienst MAD oder einen Eintrag in der Personalakte, fortsetzen. Nachdem er eine zweite Masterarbeit verfasst hatte – die erste wurde schlicht als „Nulleistung“ bewertet¹¹ – wurde Albrecht Mitte 2015 zum Berufssoldaten ernannt.

Ministerin als Aufklärerin? – von der Leyens Offensive

Drei Tage nach dem Bekanntwerden der Festnahme von Franco Albrecht gab Verteidigungsministerin von der Leyen am 30. April 2017 in der ZDF-Sendung Berlin Direkt ein Interview.¹² Auf die Frage des Moderators, wie ein rechtsradikaler Offizier trotz diverser Hinweise

über Jahre bei der Bundeswehr verbleiben konnte, ging die Ministerin einen für ihren Posten ungewöhnlichen Weg und spannte einen weiteren Bogen: Sie stellte „Pfullendorf, sexualisierte Herabwürdigung, Sondershausen, übelste Schikane, und jetzt den Soldaten A. mit rechtsextremistischem Gedankengut, von dem wir in den Aufklärungen noch nicht genau wissen was er plante und ob er ein Netzwerk hatte“, trotz ihrer Unterschiede in eine Reihe. Von der Leyen sprach von einem „Muster“ und kam zu dem Schluss: „Die Bundeswehr hat ein Haltungsproblem und sie hat offensichtlich eine Führungsschwäche auf verschiedenen Ebenen. Und da müssen wir konsequent drangehen.“¹³

Mit Blick auf die Haltungsfrage sagte sie weiter: „Wir müssen eine breitere, eine offene Debatte in der

Bundeswehr führen – wo stehen wir, was ist unsere Haltung“.¹⁴ Während viele Dinge toleriert werden könnten, wäre die Grenze der Toleranz bei politischem Extremismus, wozu sie auch die geschehenen Herabwürdigungen zählte, allerdings klar überschritten.

Um ein klares Bild über die Zustände in der Truppe zu erhalten, müsse bereits die Ausbildung dazu dienen einen klaren Blick darauf zu werfen, wer „bei uns“ ist und wen man nicht in der Truppe haben wolle. Die von der Ministerin gewünschte „Parlamentsarmee aus mündigen Bürgern“ erfordere, dass auf allen Ebene Führung übernommen werde.

Mit Blick auf die benannten Fälle in Pfullendorf und Sondershausen sprach von der Leyen davon „dass über lange Zeit zu viele es wussten, es gedeckt haben,

Von Neonazis ...

Erschreckende Einblicke in den Truppenalltag gibt der Fall des ehemaligen Neonazis Christian Weißgerber. Seine Geschichte macht deutlich, was mit den Vorwürfen, die Bundeswehr habe ein „Haltungsproblem“ und leide unter „Führungsschwäche“ sowie einem „falsch verstandenen Korpsgeist“ gemeint ist.¹⁷

Als junger Erwachsener war Weißgerber Teil der Neonazi-Szene in Thüringen - aktiv in der Bewegung der „Autonomen Nationalisten“. Um sich dort an der Waffe ausbilden zu lassen und Geld zu verdienen, ging er zur Bundeswehr. Später brach er mit der rechten Szene und wurde Bildungsreferent bei „Exit Deutschland“, einer bundesweit anerkannten Initiative zur Unterstützung von Aussteigern. Seine damalige Haltung, Taten und Erlebnisse reflektierte er auf Veranstaltungen und in seinem 2019 erschienen Buch „Mein Vaterland! Warum ich Neonazi war“.

Mit 19 wurde Weißgerber Rekrut bei der Bundeswehr und durchlief seine Grundausbildung in der Panzergrenadierbrigade 37 in Gotha. Er sagt von sich, dass er – damals Neonazi – sofort in der Truppe akzeptiert wurde. Seine Gesinnung konnte er kaum verstecken. Als Tätowierungen trug er drei Hakenkreuze, Thorshammer und die Rune eines SS-Freikorps auf dem Körper. Aber auch in Gesprächen musste er sich vor seinen unmittelbaren Mitrekruten nicht zurückhalten. Seine damalige Stube beschreibt er so: Von sieben weiteren jungen Männern bezeichnete sich einer selbst als Nationalsozialist, einer war überzeugter Antisemit, ein weiterer riss gern rassistische Witze und einer war Mitglied in einem rechtskonservativen Sängerkor. Die drei weiteren Stubenkameraden beschreibt er als eher unpolitisch. Sie hielten sich raus. In einer anderen Stube auf seinem Flur war ein weiterer Neonazi aus der

Thüringer Szene untergekommen.

Aber auch in seiner Einheit war Weißgerber beliebt. Im Duktus der sogenannten Neuen Rechten sprach Weißgerber nicht von Völkern und Rassen, sondern von „Ethnopluralismus“. Den Hass auf Israel teilte er mit einem Kameraden, dessen Eltern aus dem Iran kamen. Mit zwei Fähnrichen konnte er sich blendend verständigen. Sie waren Anhänger von Verschwörungstheorien und wussten von jüdischen Bankiersfamilien, die angeblich die Geschicke der Menschheit lenkten. Ansonsten hielt er sich gegenüber den Vorgesetzten eher zurück.

Nach anderthalb Monaten flog Weißgerber allerdings auf. Zum Verhängnis wurde ihm nicht, dass der Soldat, der ihn anzeigte, seine Einstellungen grundlegend ablehnte. Vielmehr war die Anzeige eine bewusste Retourkutsche nach einem Streit über Sauberkeit in der Stube. Weißgerber wurde zwangsversetzt - musste in die Arrestzelle, wo er u.a. von einem Soldaten bewacht wurde, den er später in der Thüringer Naziszene wiedertraf. Der Hauptmann, sein Vorgesetzter in der neuen Einheit, sprach von einer Hexenjagd und unfairem Verhalten ihm gegenüber. Während Weißgerber auch nach dem Aufenthalt in der Arrestzelle abends unter Stubenarrest stand, wurde er tagsüber weiter an der Waffe ausgebildet.

Zum Ende der Grundausbildung legte er mit den anderen Rekrut*innen sein Gelöbnis auf das Grundgesetz ab. Auf dem Appellplatz stand ein weiterer Neonazi, der für die NPD aktiv war.

Weißgerber schwieg bei der Gelöbnisformel, weil er die Bundeswehr ohnehin für eine „Vasallenarmee“ hielt. Kurz darauf wurde er dann doch entlassen. Die Entscheidung fiel, so vermutet Weißgerber, auf einer höheren Ebene.

schöngeredet haben oder weggeschaut haben“ und kritisierte den Umgang mit der Masterarbeit von Franco Albrecht. Die jeweiligen Vorgesetzten hätten die nötige Führung und Verantwortung nicht wahrgenommen und stattdessen wohl in „falsch verstandenem Korpsgeist“

gehandelt.

Damit machte die Ministerin nicht nur die Vorfälle selbst, sondern auch den Ermöglicungsraum in der Truppe und das Vertuschen und Schönreden von angezeigten Vorfällen zum Thema.

... und „Nestbeschmutzern“

Das Ausbildungszentrum Spezielle Operationen in Pfullendorf stand ab dem Frühjahr 2017 unter besonderer Beobachtung. Dort waren, wie bereits erwähnt, Fälle von brutalen Aufnahme-ritualen und Ausbildungspraktiken, die sexuelle Nötigung beinhalteten, bekannt geworden. In einem anonymen Schreiben erhoben Soldat*innen aus Pfullendorf weitere schwere Vorwürfe. Sie berichteten von rassistischen und holocaustverherrlichenden Vorfällen. Ein Soldat habe ein Bild per Mail verschickt, in dem Geflüchtete durch das Eingangstor des Vernichtungslagers Auschwitz liefen, versehen mit der Bildunterschrift: „Hier ist für jeden von Euch ein Platz.“ Der Kompaniechef reagierte trotz einer Meldung nicht. Um zu verdeutlichen, dass es sich dabei nicht um einen Einzelfall handelte, heißt es in dem anonymen Schreiben weiter: „Es ist in der Ausbildungskompanie an der Tagesordnung, dass solche Dienstvergehen vertuscht werden.“ Zudem begründen die Soldat*innen, warum sie diese Vorwürfe nur anonym vortragen: „Wenn wir uns outen würden, würde man uns mit Sicherheit lange schikanieren und die genannten Soldaten würden wieder einmal ungeschoren davonkommen.“¹⁸

Dass diese Befürchtungen im Umgang mit Soldat*innen, die Vorfälle melden, nicht von ungefähr kommen, zeigt ein weiterer Fall. Der Unteroffizier Patrick J. aus der Spezialausbildungskompanie 290 in Pfullendorf machte Meldung. Er berichtete von Kameraden, die sich rechtsradikal äußerten. Das Wort „Jude“ wurde nach seinen Aussagen als gängiges Schimpfwort genutzt. Ein Soldat sprach von der Existenz eines „Judengens“. Über seine Einheit hinaus meldete Patrick J. auch rechte Äußerungen von Soldat*innen auf Facebook und in Internetforen. Der Unteroffizier legte ein Dossier an, in dem er über 100 Soldat*innen und deren rechte Äußerungen, Kleidung, Posts oder Tätowierungen auflistete. Seine direkten Vorgesetzten interessieren sich nicht dafür. Der Militärsicherheitsdienst MAD entschied sich hingegen neun Personen aus der Liste als neue Verdachtsfälle zu führen, als er das Dossier zu sehen bekam. Insgesamt kam der Aufklärungswille des Unteroffiziers aber nicht gut an. Das Personalamt der Bundeswehr veranlasste seine unehrenhafte Entlassung zum 15. Juni 2019. Es mangle ihm an der „charak-

terlichen Eignung“ für den Soldatenberuf hieß es zur Begründung.¹⁹ Die von J. selbst geäußerte Einstellung lieber zuviel zu melden und die Bewertung den vorgesetzten Stellen zu überlassen wurde ihm zum Verhängnis. Im Klartext heißt der Kündigungsgrund der Bundeswehr also: „Kameradenschwein“. Nachdem sich Abgeordnete des Verteidigungsausschusses des Bundestages in den Fall einmischten wurde die unehrenhafte Entlassung vom Personalamt der Bundeswehr gestoppt.²⁰ Das veränderte allerdings nur Form und Zeitpunkt des Ausscheidens des Unteroffiziers. Im Frühjahr 2020 wurde der Vertrag von Patrik J. einfach nicht verlängert.²¹

Das beschriebene Problem wirkt allerdings nicht nur auf den unteren Ebenen der Truppe. Ein höherer Offizier und Ausbilder sprach unter dem Pseudonym Paul Neller gegenüber einer Journalistin über seine Erfahrungen und analysierte den Umgang mit Anzeigen.²² Als er einen Kameraden anzeigte, der auch in großen Runden über Flüchtlinge hetzte und davon sprach, dass die „Eliten“ wie Kanzlerin Merkel bei einem Machtwechsel an die Wand gestellt werden sollten, eröffnete die Bundeswehr ein Verfahren. Es endete mit einer Einstellung. Laut Neller ließen viele Vorgesetzte solche Vorfälle unter den Tisch fallen, weil damit nicht nur der Ruf der jeweiligen Einheit, sondern auch ihre Karriere in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Als der Offizier als zuständiger Disziplinarvorgesetzter einen weiteren Fall meldete, bekam er folgende Reaktion: „Da saßen dann MAD-Beamte in meinem Büro und haben mir ins Gesicht gesagt: Den Fall bearbeiten wir nicht, weil er nur die Statistik versaut.“²³ Andere wurden nicht nur abgewiesen sondern sanktioniert. Neller habe selbst erlebt, „dass Kameraden zwangsversetzt wurden, weil sie rechte Vorkommnisse angezeigt haben und das in der Einheit nicht so gut ankam“.²⁴ Aufgrund solcher Erfahrungen geht Neller davon aus, dass die tatsächlichen Zahlen von Rechten in der Bundeswehr mindestens zehnmal höher sind, als offiziell angegeben. „Das wären dann etwa 1.500 Soldaten, die man nach Hause schicken müsste, wenn die Bundeswehr solche Fälle ein Jahr lang konsequent verfolgen würde. Aber das ist nicht gewollt, das zieht die Personalstärke herunter“.²⁵ Aus all dem hat Paul Neller seine Konsequenzen gezogen: „Ich werde nichts mehr melden, weil in den meisten Fällen sowieso nichts passiert“.²⁶

Darüber hinaus sprach von der Leyen auch das bisher gerne geleugnete Dunkelfeld an. Sie sehe es als ihre Aufgabe an „tiefer zu graben“ und damit auch die Strukturen als solche in den Blick zu nehmen. Daher kündigte die Verteidigungsministerin an: „Ich bin der festen Überzeugung [...] dass wir ein Dunkelfeld haben, das ausgeleuchtet werden muss. Das wird anstrengend, das wird unangenehm aber das muss sein.“¹⁵ Bereits nach dem Bekanntwerden der Vorfälle in Pfullendorf hatte von der Leyen bekanntgegeben, eine Dunkelfeldstudie beauftragen zu wollen.¹⁶ Dafür sollten 20.000 Soldat*innen anonym befragt werden, um Aufschluss über Problemstellungen auf den unteren Ebenen der Truppe und den Umgang der Vorgesetzten damit zu erhalten.

Unabhängig davon, dass Verteidigungsministerin von der Leyen mit ihren Aussagen einen politisch höchst heiklen Weg einschlug, sich von den Vorgängen in der Bundeswehr zu distanzieren, die sie bereits seit 2014 geführt hatte, war es auch für sie nicht ohne Risiko, diesen Kurs der konsequenten Aufklärung anzukündigen. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass es sich nicht ausschließlich um ein politisches Manöver handelte, was in der folgen Debatte häufig behauptet wurde.

Nicht nur die klassischen „Einzelfälle“, sondern die Strukturen der Truppe als solche und das Verhältnis der Soldat*innen zur Demokratie standen plötzlich hoch offiziell auf dem Prüfstand. Aus linker, antifaschistischer oder antimilitaristischer, aber auch aus soziologischer Perspektive waren die von der Ministerin vorgebrachten Kritikpunkte nicht neu. Die Klarheit, in der sie von einer Verteidigungsministerin öffentlich vertreten wurden, ist in der Geschichte der Bundesrepublik allerdings einzigartig. Gegen den von der Ministerin angekündigten harten und steinigen Weg der Aufklärung und Aufarbeitung, der die Bundeswehr vermutlich einige Zeit beschäftigt hätte, formierte sich allerdings schnell massiver Widerstand.

Politischer Gegenwind

Als Reaktion auf die bereits beschriebenen Vorfälle im Frühjahr 2017 waren im politischen Raum deutlich stärker als zuvor Stimmen zu vernehmen, die strukturelle Probleme in der Truppe benannten. Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels, dem sonst kaum Kritik an den Soldat*innen über die Lippen kam, sprach davon, dass „Hierarchien, Waffen und Uniformen“ offensichtlich eine besondere Strahlkraft für Rechte besäßen und die Bundeswehr damit „strukturell anfälliger“ für ‚Rechtsextremismus‘ sei, als andere

Bereiche der Gesellschaft.²⁷ Er widersprach damit der gängigen Erzählung, dass es sich bei der Bundeswehr um ein Abbild der Gesellschaft handle, in der es ja schließlich auch rechte Vorfälle gebe.

Auch Bartels Parteikollege, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Rainer Arnold, äußerte sich ähnlich und attestierte der Bundeswehr ein „strukturelles Problem.“²⁸

Wohl nicht allein aufgrund der anstehenden Bundestagswahlen im September 2017 führte diese Erkenntnis allerdings nicht zu einer Solidarisierung mit der Verteidigungsministerin und dem von ihr angekündigten Weg der grundlegenden Aufarbeitung. Im Gegenteil: Bartels und Arnold legten den Fokus ihrer Kritik auf die Ministerin und ihr Vorgehen.

So sprach Bartels beispielsweise im Bayerischen Rundfunk davon, dass die Truppe zwar „jede Menge Probleme“ habe, fügte dann aber hinzu: „Aber wenn Frau von der Leyen nun sagt, es gebe ein Führungsproblem, dann muss man natürlich sagen: Führung fängt oben an.“²⁹ Arnold hingegen zielte auf die Frage der Pauschalkritik: „Wenn ein Vorgesetzter seine Untergebenen öffentlich kritisiert, dies pauschalierend tut, dann verletzt er die Prinzipien, die in der Bundeswehr eigentlich hochzuhalten sind, die Prinzipien der inneren Führung maßgeblich.“³⁰ Arnold stellte die Debatte damit kurzerhand auf den Kopf.

Einen noch größeren gedanklichen Sprung schaffte der voll auf Wahlkampf getrimmte damalige SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz. Er forderte: „Die Verteidigungsministerin müsste den aktuellen Skandal rückhaltlos aufklären und sich zugleich vor die Truppe stellen.“³¹ Ein beeindruckender Versuch sowohl linken als auch konservativen Wähler*innen in einem Satz zu imponieren. Für die Soldat*innen hatte er darüber hinaus eine weitere Nachricht im Gepäck: Die Ministerin lasse „die ihr anvertrauten Soldatinnen und Soldaten im Stich.“ Daher könne er „gut verstehen“, dass die Worte der Ministerin „in der Bundeswehr zu Verbitterung“ führten.³² Mit seinen Aussagen stellte sich Schulz allerdings nicht nur gegen die Ministerin als Person und politische Konkurrentin, sondern auch gegen die strukturelle Kritik an der Bundeswehr als solche.

Nahezu allein auf weiter Flur hielt der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte, zu seiner Ministerin. In geradezu verkehrten Rollen verteidigte er in Interviews und Talkshows die strukturelle Kritik an der Truppe und die Notwendigkeit einer Aufarbeitung. Viel Rückendeckung aus dem Rest von CDU und CSU bekam Otte dabei nicht. Lediglich Kanzlerin Angela Merkel stellte sich vor ihre Verteidigungsministerin.

Die selten öffentlich geäußerte, aber in der Union vermutlich mehrheitsfähige Position verkündete Markus Söder am 4. Oktober 2017 in einem Facebook-post: „Wir stehen zu unserer Bundeswehr. Sie leistet großartige Arbeit für unser Land. Viele junge Männer und Frauen setzen ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel, um unsere Werte zu schützen. Sie verdienen unseren Respekt. Daher dürfen jüngste Diskussionen nicht zu einer allgemeinen Kritik an der Bundeswehr führen. Einzelfälle müssen immer geklärt werden, aber es darf nicht zur Verallgemeinerung führen.“³³ Damit fasste er die Linie, nicht nur in der Union, sondern auch in weiten Teilen der bürgerlichen Parteien treffend zusammen: Bekenntnis zur Bundeswehr, Anerkennung von Leistung und Einsatz der Soldat*innen, keine allgemeine Kritik an der Bundeswehr, öffentlich bekannte Vorfälle als Einzelfälle bearbeiten. Ende der Debatte!

Gegenwind aus der Truppe

Oberst André Wüstner, der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, schlug einen ähnlichen Tonfall wie Martin Schulz an: „Politiker an Bundeswehrstandorten, Menschen aus der Bundeswehr und Angehörige, viele Soldaten im Auslandseinsatz – alle sind über diese Verallgemeinerungen entsetzt.“³⁴ In einer Talkshow sprach Wüstner von der Notwendigkeit „einzelne Problemfälle, die vielleicht auch eine gewisse Systematik haben“, zu untersuchen.³⁵ Damit schaffte er den Spagat in einer Grauzone zu argumentieren, die strukturelle Probleme zwar nicht grundsätzlich ausschloss, den Einzelfall aber ins Zentrum rückte. Die größte Notwendigkeit für Aufklärung zu sorgen sah er allerdings nicht innerhalb der Bundeswehr, sondern gegenüber der Ministerin. Er erwarte von ihr, „dass sie umgehend Transparenz schafft, wie der Vorwurf, dass die gesamte Bundeswehr ein Problem mit Führung und Haltung hat, zu rechtfertigen ist.“³⁶ Wüstner forderte die Ministerin in der *Passauer Neuen Presse* auf, ihre Aussagen schnell zurechtzurücken und einzuordnen, „sonst wird das die Motivation der Truppe tiefgreifend beeinflussen und auch das Vertrauen in die politische Führung schwächen – und das ist schon jetzt nicht mehr sehr groß“.³⁷

Eine noch härtere Linie, die selbst die Möglichkeit struktureller Probleme gar nicht erst betrachten wollte, gab der ehemalige Dreisternegeneral, Generalinspekteur und Vorsitzende des NATO Militärausschusses, Harald Kujat, vor. Er sprach in derselben Talkshow davon, dass alle Personen, die Verfehlungen begangen haben, bekannt seien, genau wie die Vorgesetzten die

z.T. falsch oder gar nicht entschieden haben. „Das heißt wir können jeden einzelnen Fall im Rahmen der Wehrdisziplinarordnung oder des Strafgesetzes abarbeiten. Ist es dann notwendig darüber hinaus den gesamten Sachverhalt zu abstrahieren, auf die gesamte Bundeswehr zu übertragen und an die Öffentlichkeit zu gehen?“³⁸ Damit machte er den traditionellen Weg des Umgangs mit Kritik in der Bundeswehr idealtypisch deutlich: Alle Vorfälle werden als Einzelfall behandelt und ohne die Frage nach einem größeren Problemzusammenhang überhaupt zu stellen so intern wie möglich im Rahmen der geltenden Verordnungen und Gesetze abgearbeitet.

Mit Blick auf einen möglichen Bruch zwischen Ministerin und Truppen äußerte Ex-General Kujat gegenüber der Rheinischen Post: „Ich frage mich, wie sie deren Achtung und Vertrauen wiedergewinnen will“.³⁹

Ein deutliches Zeichen dafür, dass es wirklich in allen Ecken der Truppe brodelte, waren die Aussagen von Florian Kling, dem damaligen Sprecher des eigentlich kritischen Soldat*innennetzwerks „Darmstädter Signal“. Gegenüber MDR-Aktuell verurteilte Kling die Kritik der Ministerin nach dem „Gießkannenprinzip“, obwohl von der Leyen „über drei Jahre die Möglichkeit gehabt habe, die Bundeswehr strukturell und systematisch zu verändern“.⁴⁰

Die Spannung zwischen Truppe und Ministerin waren so groß, dass sich ein Journalist des Deutschlandfunk veranlasst sah in einem Interview mit dem SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold zu fragen: „Aber das Parlament, die Politik kontrolliert die Bundeswehr nach wie vor?“⁴¹

Mit ihren Aussagen machten Kujat und Wüstner, bewusst oder unbewusst, klar, dass die Truppe sich zwar auf Grundlage von politischen Entscheidungen in Ministerium und Bundestag in gefährliche Auslandseinsätze schicken lässt, sich bei Kritik an den internen Strukturen und Fragen der Soldatenehre allerdings nichtmehr an die Weisungen aus dem Ministerium gebunden fühlt und sogar zur inneren Revolte bereit ist. Neben Kritik an ihrer Person und ihrem Vorgehen wurden der Verteidigungsministerin damit klar die Grenzen ihrer politischen Macht aufgezeigt. Sowohl in der Truppe, als auch in der Regierungskoalition gab es keinerlei Mehrheiten den vorgegebenen Kurs der Aufklärung und Neujustierung der Truppe umzusetzen - im Gegenteil.

Rückzieher und Entschuldigung

Bereits einen Tag nach ihrem Interview begab sich von der Leyen in ein Rückzugsgefecht. In einem offe-

nen Brief an die Truppe, der am Folgetag im Namen der Verteidigungsministerin versandt wurde, wiederholte von der Leyen ihre Kritik, lobte aber zugleich die Mehrheit der Soldat*innen: „Als Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt bin ich nach wie vor fest davon überzeugt, dass die übergroße Mehrheit von Ihnen – ob in den Einsätzen oder im Grundbetrieb – tagtäglich anständig und tadellos ihren wichtigen Dienst für unser Land leistet“. Zugleich bestand die Verteidigungsministerin allerdings darauf, dass es sich bei den Vorfällen, die in den letzten Wochen bekannt geworden waren, nicht um Einzelfälle handele und schwor die Truppe auf eine harte Aufarbeitungsphase ein.⁴²

An diesem Vorhaben hielt sie auch in einem Tagesthemeninterview am 3. Mai 2017 fest, verschob aber das Narrativ weiter. Aufklärung müsse zum Schutz der Mehrheit der Soldat*innen geschehen, die sich korrekt verhielten. „Das Dunkelfeld auszuleuchten wird mühsam, das wird schmerzhaft, das wird nicht schön werden. Das müssen wir durchhalten. Das wird Zeit kosten. Das wird über Wochen und Monate gehen, dieser Prozess. Aber er ist zum Besten der Bundeswehr.“⁴³

Die Gefolgschaft auch für dieses rhetorisch abgerüstete, aber mit Blick auf den Aufklärungswillen weiterhin bestimmte Vorgehen blieb allerdings aus.

Bereits einen Tag zuvor richtete der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, klare Forderung an von der Leyen: „Dass sie der Truppe pauschal vorwirft, sie hätte ein Haltungsproblem, macht mich fassungslos. Jeder rechtschaffene Soldat fühlt sich von ihr beleidigt“. Daraus schloss Arnold: „Ich erwarte, dass sie sich entschuldigt.“⁴⁴

Am 4. Mai 2017 traf sich die Verteidigungsministerin dann im Bendler-Block in Berlin mit rund 100 Generälen, Admiralen, hohen Offizier*innen und zivilen Spitzenkräften der Bundeswehr. Während dieser nicht öffentlichen Zusammenkunft entschuldigte sich Ursula von der Leyen laut Medienberichten für die Form der vorgetragenen Kritik. So wird sie mit folgenden Sätzen zitiert: „Wenn wir über die Bundeswehr reden, reden wir über eine Viertelmillion Menschen. Menschen mit und ohne Uniform. Männer und Frauen fast jeden Alters ... Egal, wo diese Männer und Frauen dienen oder arbeiten – es ist ein unverzichtbarer Dienst für unser Land. Dafür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung“. Und weiter: „Ich wünschte, ich hätte diese Sätze am Wochenende in dem Fünf-Minuten-Interview über den Rechtsextremisten vorweg gesagt. Es tut mir leid, dass ich es nicht getan habe. Das bedauere ich.“⁴⁵

Die Medien fassten diese Aussagen eindeutig auf. So meldete die Agentur Reuters: „Von der Leyen entschul-

digt sich für Pauschalkritik an Truppe“. Entscheidend für den weiteren Verlauf der Aufklärung war allerdings eine andere Aussage der Ministerin. Sie sprach jetzt mit Blick auf die Vorfälle in Pfullendorf, Sondershausen und Illkirch im Gegensatz zu ihren vorherigen Aussagen, von Einzelfällen. Füge dem aber hinzu: „Es hat lange gedauert, gegärt, manche haben sich weggeduckt, schöngeredet und verharmlost“. Und weiter: „In allen diesen Fällen haben die Mechanismen, die wir haben, um Übergriffe und Verstöße gegen die Innere Führung zu verhindern oder zumindest frühzeitig aufzudecken, nicht gegriffen.“⁴⁶

Tag für Tag, Schritt für Schritt, verabschiedete sich von der Leyen, die unter massivem Druck stand, von ihrem eindeutigen Aufklärungskurs. Der Ministerin wurde innerhalb weniger Tage klar, dass sie den vorgegebenen Aufarbeitungsprozess weder im politischen Raum gegen ihren Koalitionspartner SPD und Teile der Union noch gegen die Masse der aufgebrachten Soldat*innen würde durchsetzen können.

Kasernendurchsuchungen

Einen Tag nach der Zusammenkunft mit dem Führungspersonal der Bundeswehr ordnete der ranghöchste deutsche Soldat und treue Begleiter von der Leyens, Generalinspekteur Volker Wieker, einen vorerst letzten offensiven Akt der Aufklärung an. Er wies die Inspektoren der Teilstreitkräfte an, eine Durchsuchung aller Bundeswehrkasernen zu organisieren und bis zum 16. Mai 2017 abzuschließen. Ziel dieser Aktion war die Kontrolle der Einhaltung der Regeln zum Traditionsverständnis in Bezug auf Nationalsozialismus und Wehrmacht.⁴⁷ Der Stern berichtete von einer E-Mail an Kommandeure, in der sie aufgefordert werden „Symbole der NS-Zeit, Wehrmachtsdevotionalien (vom Bajonett bis zum Wehrmachtsstahlhelm), Wehrmachtsbilder, Wehrmachtsattribute, Sinnsprüche mit Vergleichen/Beschreibungen oder Zitaten aus der NS-Zeit, sämtliche Gegenstände (jede Art von Darstellung), welche mit einer Sympathie/Verehrung der Wehrmacht in Verbindung gebracht werden könnten“ zu melden und aus den Diensträumen zu entfernen.⁴⁸

Dem vorausgegangen waren Durchsuchungsaktionen in der Bundeswehrkaserne in Illkirch bei Straßburg, in der Franco Albrecht gedient hatte. Ein Untersuchungsteam des Ministeriums hatte dort neben einem Sturmgewehr mit eingeritztem Hakenkreuz auch einen äußerst fragwürdigen Aufenthaltsraum gefunden. Neben einer Bar im Stile eines Bunkers waren die Wände mit Wehrmachtshelmen, Gedichten, einer Landserzeichnung und einem Nachbau eines Wehr-

machtsgewehrs geschmückt. Laut Informationen des Spiegel sollen diese Bilder die Ministerin bewogen haben das Interview am 30. April 2017 zu geben.⁴⁹ Darüber hinaus fanden die Ermittler*innen der Bundeswehr auch in einer zweiten Kaserne der Deutsch-Französischen Brigade in Donaueschingen im Schwarzwald zahlreiche Stahlhelme sowie eine Pistole der Wehrmacht, die dort öffentlich ausgestellt wurden.⁵⁰

Eine vollständige Liste der bei den Durchsuchungsaktionen gefundenen Gegenstände erhielt der Verteidigungsausschuss des Bundestages erst am 30. Mai 2017. Darin wurden 425 Gegenstände aufgelistet. Darunter befanden sich Helme, Uniformen, Gewehre, Panzermodelle, Säbel und Schwerter - einige mit Wehrmachtsbezug und Hakenkreuzen.⁵¹ Insgesamt 285 der 425 Gegenstände wurden an Standorten des Heeres konfisziert.⁵² Neben Gegenständen, die in militärhistorische Sammlungen übernommen wurden, gab es auch solche, die nach der Bewertung an die Besitzer*innen zurückgegeben oder sogar am alten Platz wieder aufgehängt wurden.

Auch die Durchsuchungsaktionen führten wieder zu scharfer Kritik an der Ministerin, der erneut ein Generalverdacht gegen die Soldat*innen vorgeworfen wurde. Ursula von der Leyen hingegen sprach von einem „Säuberungsprozess“ in der Bundeswehr, der neben den Durchsuchungen auch die Umbenennung von Kasernen und die Überarbeitung des von 1982 stammenden Traditionserlasses beinhalten sollte.⁵³ In ihrer Flucht nach vorn verlegte sich die Ministerin damit zunehmend auf Arbeitsfelder mit hohem symbolischem Wert, die allerdings zu der von ihr angekündigten Aufklärung über rechte Gesinnung in der Bundeswehr und der Frage der Haltung der Soldat*innen nur wenig beitragen konnten.

Traditionserlass und Kasernenumbenennungen

Noch während die Durchsuchungen in den Kasernen liefen, kündigte Generalinspekteur Wieker eine Überarbeitung des Traditionserlasses noch vor den Wahlen, also bis zum Herbst 2017, an.⁵⁴ Die Ministerin verkündete am 14. Mai 2017 ihren Plan, Kasernen umbenennen zu wollen, die noch immer nach Wehrmachtssoldaten benannt waren. Bisher hatte von der Leyen, die seit 2014 im Amt war, dies durch einen Beschluss „von oben“ konsequent abgelehnt.

Die Umsetzung der neuen Vorsätze dauerte allerdings länger als angekündigt. Nach der Bundestagswahl im Herbst 2017 konnte sich Ursula von der Leyen, gestützt durch Kanzlerin Merkel, in eine zweite Amtszeit retten. Der neue Traditionserlass wurde dann in einem länge-

ren Prozess unter Beteiligung von Soldat*innen und Historiker*innen erarbeitet und schließlich am 28. März 2018 von der Ministerin unterzeichnet und veröffentlicht. Darin heißt es: „Zentraler Bezugspunkt der Tradition der Bundeswehr sind ihre eigene, lange Geschichte und die Leistungen ihrer Soldatinnen und Soldaten“. In das Zentrum der offiziellen Traditionsauslegung rückte damit erstmals die Geschichte der Bundeswehr selbst. Als explizit nicht traditionsstiftend werden hingegen alle Personen, Organisationen und Ereignisse genannt, „die unvereinbar mit den Werten unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind.“ Explizit genannt werden, wie bereits im Erlass von 1982, die Wehrmacht und zudem 2018 erstmals auch die NVA.

Am Tag der Unterzeichnung des neuen Traditionserlasses reiste von der Leyen nach Hannover. Dort nahm sie an einer Zeremonie zur Umbenennung einer Kaserne teil. Der Standort der Feldjägerschule war zuvor nach einem durch das NS-Regime gefeierten Kriegsverbrecher aus dem Ersten Weltkrieg, General Emich, sowie der Schlacht von Camrei von 1917 benannt. Der neue Name, Hauptfeldwebel-Langenstein-Kaserne, bezieht sich auf einen Feldjäger, der 2011 bei einem Selbstmordattentat in Afghanistan starb.

In Rotenburg bei Bremen und Appen bei Hamburg hingegen wehrten sich Soldat*innen und Lokalpolitiker*innen teils heftig gegen die dortigen Umbenennungsbemühungen. Die nach den Fliegeroffizieren der Wehrmacht Helmut Lent und Hans-Joachim Marseille benannten Kasernen erhielten erst 2020 und 2021, nach weiteren Vermittlungsbemühungen, neue Namen.

Die beiden nach Generalfeldmarschall Rommel benannten Kasernen in Augustdorf bei Bielefeld und Dornstadt bei Ulm durften ihre Namen allerdings behalten. Die dafür ausschlaggebende fragwürdige Geschichtsauffassung des Verteidigungsministeriums zu Rommels angeblicher Nähe zum militärischen Widerstand gegen Hitler⁵⁵ wird von Historiker*innen deutlich in Frage gestellt.⁵⁶

Obwohl Paul von Hindenburgs Rolle in der Obersten Heeresleitung des Kaiserstaates und die von ihm vollzogene Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 als Gründe für eine Umbenennung ausreichen sollten, durfte auch die Hindenburg-Kaserne in Munster ihren Namenspatron behalten. Somit lässt der „konsequenter Bruch mit Wehrmachtstraditionen“, den die Linken Verteidigungspolitikerin Christine Buchholz im Mai 2017 gefordert hatte⁵⁷, weiterhin auf sich warten.

Nachfolgerin streichelt die Soldatenseele

Der neue Traditionserlass von 2018 war der letzte Akt des Versuchs von Ursula von der Leyen, den rechten Geist aus der Bundeswehr auszutreiben. Zu diesem Zeitpunkt war die Ministerin allerdings bereits weitestgehend entmachtet und besaß gegenüber der Truppe kaum noch Durchsetzungsfähigkeit. Im Juni 2019 wurde sie zur neuen Präsidentin der EU-Kommission gewählt und verließ das Verteidigungsministerium Richtung Brüssel.

Die Amtsgeschäfte im Bendler-Block übergab sie am 17. Juli 2019 an ihre Nachfolgerin Annegret Kramp-Karrenbauer. Zwei Tage nach ihrer formalen Vereidigung veröffentlichte die neue Verteidigungsministerin ihren ersten sogenannten Tagesbefehl mit Botschaften an die Soldat*innen. Darin zu finden war der fast obligatorische Dank an die Vorgängerin, aber auch Zeilen, die als klare Abgrenzung verstanden werden mussten. Kramp-Karrenbauer lobte die Bundeswehrangehörigen für ihren aufopferungsvollen und gefährlichen Dienst und fügte mit Blick auf die Soldat*innen hinzu: „Sie sind loyal zu unserer Republik und garantieren unser Leben in Frieden und Freiheit. Das dürfen und werden wir nie vergessen.“ Mit dieser Doppelbotschaft stellte sich Kramp-Karrenbauer klar auf die Seite der Soldat*innen, formulierte aber auch deutliche Anforderungen. Zudem betonte sie, dass sie sich dafür einsetzen werde, der Bundeswehr „höchste politische Priorität“ zu geben und für einen „festen Rückhalt in unserer Gesellschaft“ zu sorgen. Nach der Bitte um Unterstützung durch die Soldat*innen schloss sie mit dem Satz: „Ich weiß, Deutschland kann sich auf Sie verlassen und Sie können sich auf mich verlassen.“⁵⁸

Diese Positionierung hielt die neue Verteidigungsministerin nicht davon ab, homosexuelle Soldat*innen zu

rehabilitieren, das System des Militärgeheimdienstes zur Bewertung von rechten Soldat*innen zum positiven zu reformieren (siehe dazu Artikel MAD S.345) oder das KSK wegen gehäufter rechter Vorfälle auf den Prüfstand zu stellen. (zum KSK siehe S.277)

Die Richtung war aber völlig klar. Es wurde das bearbeitet, was an die Oberfläche kam und so schnell wie möglich wieder geschlossen. Auch wenn es mit dem KSK einen ganzen Verband traf, wurde das Narrativ der sauberen Truppe mit schmutzigen Einzelfällen wieder handlungsleitend. In all ihrer Kommunikation machte Kramp-Karrenbauer klar, dass es ein tiefer bohren, Zusammenhänge größer als irgend nötig betrachten oder gar eine groß angelegte Dunkelfeldstudie - wie sie ihre Vorgängerin angekündigt hatte, aber nicht durchsetzen konnte - mit ihr nicht geben würde.

Die konservative, bodenständige und den Soldat*innen zugeneigte Art der neuen Ministerin fand in der Truppe schneller Anhänger als zu Beginn erwartet. Doch die holprige Benennung von Kramp-Karrenbauer als Verteidigungsministerin, einer fachfremden Karrierepolitikerin, die den Posten zuvor abgelehnt hatte, rief auch heftige Reaktionen hervor. So ließ der rheinland-pfälzische AfD-Politiker und ehemalige Oberstleutnant der Bundeswehr, Uwe Junge, über Twitter verkünden. „Wenn das die beste Personalie der alten Parteien für eines der wichtigsten Ämter unserer Nation ist, sagt das viel über den Zustand unseres Landes aus!“ Darauf folgte die Frage: „Wann kommt endlich der Aufstand der Generäle?“⁵⁹ Das rechte Rumoren in der und rund um die Truppe ging also hörbar weiter.

Fazit - Grenzen der Reformierbarkeit

Im Mai 2017 hatte Ursula von der Leyen die Machtprobe mit der Truppe gesucht und vermutlich auf politische Rückendeckung für ihren Kurs gehofft. Die Enthüllungen der kommenden Jahre geben ihrer damaligen Problemanalyse mehr als Recht. Die Reihe an „Skandalen“ und die Aufdeckung von Netzwerkstrukturen rechter Soldat*innen und Reservist*innen riss nicht ab. Die deutlichsten Beispiele waren das Auffliegen des Hannibal-Netzwerks und die Häufung rechter Vorfälle im KSK, aber auch ein Saufgelage deutscher Soldaten in Litauen 2021, bei dem rechte Parolen und Lieder sowie Gewaltexzesse und sexualisierte Übergriffe wohl zum guten Ton gehörten.⁶⁰

Nach ihrer Kritik 2017 wurde von der Leyen allerdings schnell und deutlich in ihre Schranken gewiesen. Nicht nur in der Truppe, sondern auch im politischen Berlin und im Blätterwald brodelte es. Nicht primär wegen der Vorfälle in der Bundeswehr, sondern wegen



Grund zu feiern für rechte Soldaten? Feierlichkeiten zum Dienstantritt Annegret Kramp-Karrenbauer mit ihrer Vorgängerin. (Quelle: Bundeswehr, Sebastian Wilke, Flickr)

der als zu pauschal und damit als beleidigend empfundenen Kritik der Ministerin an der Armee und ihren Strukturen.

Eine Dunkelfeldstudie in der Bundeswehr und die angekündigte Debatte um Haltung, Verantwortung und das Verhältnis der Truppe zu Demokratie und Verfassung blieben aus. Es wären Schritte gewesen, die zumindest ein gewisses Maß an Mitarbeit der Soldat*innen vorausgesetzt hätten. Damit war allerdings beim besten Willen nicht zu rechnen. Zumal der Ministerin kaum Rückendeckung aus der eigenen Partei zuteil wurde und die konkurrierenden Parteien scharf gegen sie schossen.

Daher verlegte sich die Ministerin mit Durchsuchungsaktionen, einem neuen Traditionserlass und der Umbenennung von Kasernen auf Felder, in denen sie noch die Macht besaß, sie aus dem Ministerium durchzusetzen. Damit wurden auf der oberen Ebene zwar Beschlüsse zum offiziellen Verhältnis der Bundeswehr zur Wehrmacht gefasst, die für sich genommen bitter nötig waren, an den unteren Enden der Truppe aber vermutlich wenig bewirkten. Alle Soldat*innen mit rechter Einstellung und solche, die bereit sind, ihre rechten Kamerad*innen zu decken, wurden durch abgehängte Wehrmachtsdevotionalien und einen neuen Traditionserlass wohl kaum von ihrem Denken und Handeln abgebracht.

Die offensichtliche Machtlosigkeit der Ministerin, die sich bis zu ihrem Wechsel nach Brüssel fortsetzte, wirkte allerdings auch über ihre Amtszeit hinaus. Der neue Kurs von Annegret Kramp-Karrenbauer war die logische Konsequenz, um wieder Ruhe in die Armee zu bringen.

Geradezu idealtypisch für diesen Ruf nach Ruhe in der Truppe, mit dem Ziel die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr nicht zu gefährden, waren die Aussagen des damaligen SPD-Kanzlerkandidaten mit Blick auf die Kasernendurchsuchungen 2017. Martin Schulz sprach von einem „Kollateralschaden“ durch den entstandenen Ansehensverlust der Bundeswehr. Das abnehmende Vertrauen der Bevölkerung in die Truppe könnte schwere Schäden anrichten, weil die Freiwilligenarmee auf neue Rekrut*innen angewiesen sei.⁶¹ Schulz offenbarte damit ein Staatsverständnis, das die Funktionsfähigkeit der Armee weit über der Notwendigkeit der Demokratisierung dieser waffenstarken Institution ansetzt. Der dafür anscheinend in Kauf genommene Kollateralschaden: vermutlich tausende ultrarechte und neonazistische Soldat*innen, die von der Bundeswehr weiter militärisch ausgebildet und im Training gehalten werden.

Der Widerstand aus der Truppe und der offensicht-

liche politische Unwille, die Bundeswehr umzukrempeln, hatte sich bereits im Mai 2017 durchgesetzt. Die Frage nach der Reformierbarkeit der Armee mit Blick auf rechte Soldat*innen und die innere Struktur der Bundeswehr wurde auf der großen Bühne beantwortet. Die Mehrzahl der Parlamentarier*innen und politischen Funktionsträger*innen war offensichtlich nicht bereit, der Truppe auch gegen den Willen vieler Soldat*innen eine Demokratisierungskur zu verpassen. Sogar die Gefahr für Politiker*innen, die von der lokalen Ebene, über Ministerpräsidenten und Bundesminister bis hin zum ehemaligen Bundespräsidenten teils selbst auf Feindeslisten rechter Soldat*innen standen, reichte als Motivation offenbar nicht aus.⁶²

Für die Funktionsfähigkeit der Armee und die trügerische Ruhe des politischen Betriebs wurde in Kauf genommen, dass der rechte Sumpf in der Bundeswehr weiter wächst und gedeiht. Der Diskurs kehrte wieder zum lange eingeübten Spiel von Skandalberichterstattung, der Bearbeitung von „Einzelfällen“ und dem Mythos der eigentlich sauberen Armee, mit wenigen schmutzigen Ausnahmen, zurück. Daran konnten auch sämtliche weiteren rechten Vorfälle, Recherchen und Enthüllungen der letzten gut fünf Jahre nichts ändern.

Anmerkungen:

- 1 re:publica 2019: Die Akte Hannibal – ein Werkstattbericht, 13.05.2019, via: [youtube.com](https://www.youtube.com/watch?v=...)
- 2 Matthias Gebauer: Sadistische Rituale bei der Kampfsanitäter-Ausbildung, 21.01.2017, [spiegel.de](https://www.spiegel.de/...)
- 3 Skandal bei den Gebirgsjägern, 20.03.2017, [dw.com](https://www.dw.com/...)
- 4 Bundeswehr-Skandale: Chefausbilder des Heeres abgesetzt, 26.04.2017, [dw.com](https://www.dw.com/...)
- 5 Ebd.
- 6 Zitiert nach: Die Chronologie im Fall Franco A., 05.09.2019, [rnd.de](https://www.rnd.de/...)
- 7 Florian Flade: Die völkisch-rassistische Masterarbeit des Franco A., 03.05.2017, [welt.de](https://www.welt.de/...)
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Ein im Rahmen der Ermittlungen gegen Albrecht 2017 eröffnetes Disziplinarverfahren gegen den zuständigen Vorgesetzten, den Chef des Streitkräfteamtes, und den zuständigen Rechtsberater wurde später ohne jegliche Konsequenzen eingestellt. Siehe: Bonner General Anzeiger, Holger Möhle: Wie von der Leyen mit den Soldaten umgeht, 25.01.2018, [ga.de](https://www.ga.de/...)
- 11 Ebd.
- 12 Berlin direkt: Interview mit Ursula von der Leyen, 30.04.2017, abrufbar via: [twitter.com](https://twitter.com/...)
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.

- 15 Ebd.
- 16 Kriminologe Pfeiffer kündigt größte Dunkelfeld-Studie in der Bundeswehr an, 29.03.2017, [ndr.de](#)
- 17 Sebastian Leber: „Ich wurde dort sofort akzeptiert“ - Was ein Neonazi in der Bundeswehr erlebte, in: Matthias Meisner und Heike Kleffner (HG.): Extreme Sicherheit – Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz, Herder, 2019, Seite 238 bis 245.
- 18 Caroline Walter: Blinde Flecken - Die Bundeswehr und ihr Umgang mit Rechtsextremisten, in: Extreme Sicherheit, Seite 260 bis 271.
- 19 Ronen Steinke: Der Korpsgeist des Whistleblowers, 02.06.2019, [sueddeutsche.de](#)
- 20 Whistleblower darf vorerst Soldat bleiben, 11.06.2019, [spiegel.de](#)
- 21 NDR Panorama, Caroline Walter und Katrin Kampling: Bundeswehr – Rechtsextreme bleiben, Informant muss gehen, 05.03.2020, [daserste.ndr.de](#)
- 22 Caroline Walter: Blinde Flecken - Die Bundeswehr und ihr Umgang mit Rechtsextremisten, in: Extreme Sicherheit, Seite 260 bis 271.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 „Hierarchien, Waffen, Uniform – das zieht manche an“, 30.04.2017, [zeit.de](#)
- 28 „Von der Leyen hat das Vertrauen der Truppe verspielt“, Rainer Arnold im Gespräch mit Dirk Müller, 02.05.2017, [deutschlandfunk.de](#)
- 29 „Führung fängt oben an“, 02.05.2017, [zeit.de](#)
- 30 „Von der Leyen hat das Vertrauen der Truppe verspielt“, 02.05.2017, [deutschlandfunk.de](#)
- 31 Robert Birnbaum: Ursula von der Leyen – Ministerin des Angriffs und der Verteidigung, 02.05.2017, [tagesspiegel.de](#)
- 32 Bundeswehr-Skandale – Ursula von der Leyen sagt USA-Besuch kurzfristig ab, 02.05.2017, [tagesspiegel.de](#)
- 33 Markus Söder: 04.05.2017, via: [facebook.com](#)
- 34 „Führung fängt oben an“, 02.05.2017, [zeit.de](#)
- 35 phoenix Runde: „Von der Leyen in Erklärungsnot - Was läuft falsch in der Truppe?“, Minute 2, 04.05.2017, via: [youtube.com](#)
- 36 „Hierarchien, Waffen, Uniform – das zieht manche an“, 30.04.2017, [zeit.de](#)
- 37 Soldaten kritisieren von der Leyen, 01.05.2017, [zeit.de](#)
- 38 phoenix Runde: „Von der Leyen in Erklärungsnot - Was läuft falsch in der Truppe?“, ab Minute 22, 04.05.2017, via: [youtube.com](#)
- 39 „Führung fängt oben an“, 02.05.2017, [zeit.de](#)
- 40 Bundeswehr-Skandale – Ursula von der Leyen sagt USA-Besuch kurzfristig ab, 02.05.2017, [tagesspiegel.de](#)
- 41 „Von der Leyen hat das Vertrauen der Truppe verspielt“, 02.05.2017, [deutschlandfunk.de](#)
- 42 Bundesministerium der Verteidigung: Offener Brief der Ministerin, 01.05.2017, [bmvg.de](#)
- 43 Tagesthemen: Interview - von der Leyen kritisiert Bundeswehr, 03.05.2017, abrufbar via: [youtube.com](#)
- 44 SPD-Politiker Arnold fordert Entschuldigung von Ministerin von der Leyen, 02.05.2017, [welt.de](#)
- 45 Von der Leyen entschuldigt sich für Pauschalkritik an Truppe, 05.05.2017, [reuters.com](#)
- 46 Ebd.
- 47 400 Militärdevotionalien in Kasernen gefunden, 30.05.2017, [zeit.de](#)
- 48 Durchsuchungen – Bundeswehr entfernt Foto von Helmut Schmidt in Wehrmachtsuniform, 12.05.2017, [stern.de](#)
- 49 Matthias Gebauer: Imagepflege in der Kaserne von Franco A., 03.05.2017, [spiegel.de](#)
- 50 Durchsuchung aller Bundeswehrkasernen, 07.05.2017, [dw.com](#)
- 51 400 Militärdevotionalien in Kasernen gefunden, 30.05.2017, [zeit.de](#)
- 52 Lorenz Hemicker: 400 Funde vom Karabiner bis zur Fettpresse, 01.06.2017, [faz.net](#)
- 53 Thorsten Jungholt: 41 Andenken an die Wehrmacht gefunden – und jetzt?, 17.05.2017, [welt.de](#)
- 54 Traditionserlass der Bundeswehr soll bis Herbst überarbeitet werden, 10.05.2017, [welt.de](#)
- 55 Deutscher Bundeswehrverband: Rommel für Bundeswehr unverändert traditionsstiftend: 07.05.2017, [dbwv.de](#)
- 56 Aussage von der Leyens über Rommel - „Wüstenfuchs“ im Widerstand?, 14.06.2017, [tagesschau.de](#)
- 57 Von der Leyen will Kasernen umbenennen, 14.05.2017, [spiegel.de](#)
- 58 Bundesministerium der Verteidigung: Ministerin – Tagesbefehl zur Amtsübernahme, 19.07.2019, [bmvg.de](#)
- 59 Wegen AKK – AfD-Politiker fordert „Aufstand der Generale“, 17.07.2019, [morgenpost.de](#)
- 60 Verteidigungsministerin zieht Panzergrenadierzug aus Litauen ab, 16.06.2021, [sueddeutsche.de](#)
- 61 Thorsten Jungholt: 41 Andenken an die Wehrmacht gefunden – und jetzt?, 17.05.2017, [welt.de](#)
- 62 Auf den Listen, die bei Mitgliedern der Gruppe Nordkreuz als Teil des Hannibal-Netzwerks gefunden wurden, finden sich u.a. die Namen von Ex-Bundespräsident Joachim Gauck, dem damaligen Bundesjustizminister Heiko Maas, der damaligen Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth und Thüringens Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Siehe: Redaktionsnetzwerk Deutschland: „Todeslisten“, Leichensäcke, Ätzkalk – Nazi-Gruppe bereite weitere Angriffe vor, 28.06.2019, [rnd.de](#)

Erschreckend ähnlich

Rechte Vorfälle und die folgende Debatte in den 1990er Jahren

von Martin Kirsch

In der 2020 von Sönke Neitzel vorgelegten Militär-geschichte mit dem Titel „Deutsche Krieger“ beschäftigt sich der Historiker in einem Unterkapitel „Die Schatten der Wehrmacht“¹ mit der Debatte um Wehr-machtstradition und rechte Vorfälle in der Bundeswehr der 1990er Jahre. Folgt man Neitzels Erzählung tun sich deutliche Parallelen zur Debatte der letzten fünf Jahre auf.

Auch in den 1990er Jahren begann die Debatte nicht in der Truppe selbst. Erst nachdem Medien von rechten Vorfällen in der Truppe berichteten und Interventionen aus der Zivilgesellschaft die Benennung von Kasernen nach Wehrmachtssoldaten thematisierten mussten Bundeswehr und Ministerium reagieren.

Konservative Kräfte in Politik, Gesellschaft und Bundeswehr stemmten sich damals konsequent gegen die Umbenennung von Kasernen, was dazu führte, dass anstelle einer grundlegenden Aufarbeitung nur die offensichtlichsten Namen, die bereits in der Debatte waren, ausgetauscht wurden. Aufgrund des Drucks aus der Truppe wurde 1992 ein zuvor geplanter Abschnitt zum Verhältnis der Bundeswehr zur Wehrmacht nicht in die reformierte zentrale Dienstvorschrift zur Inneren Führung übernommen.



Erschießung von Zivilisten durch Soldaten der Wehrmacht auf Kreta. (Quelle: Bundesarchiv / Wikimedia)

1995 flammte die Debatte erneut auf, als der Wehr-beauftragte des Bundestages vermehrt Meldungen über zwei Fallschirmjägerkompanien erhielt, die „unverhohlen an die Wehrmacht erinnern“.² Darauf folgende Nachforschungen brachten weitere Problem-fälle in der Fallschirmjägertruppe ans Tageslicht. Die Truppe verstand sich – wie später das KSK – als Elite der Kampftruppen und bezog sich in der gelebten Tra-dition direkt auf die Fallschirmjägertruppe der Wehr-macht. Dafür nutzen die Mannschaftssoldaten teils subversive Formen - sie klebten beispielsweise Texte von Fallschirmjägerliedern der Wehrmacht, die in der Bundeswehr verboten waren, in das offizielle Bundes-wehr-Liederbuch ein um sie unerkannt weiternutzen zu können. Die Vorfälle in den zwei Fallschirmjägerkom-panien in Wildeshausen und Saarlouis wurden zwar vom Wehrbeauftragten veröffentlicht, in ihrer Dimen-sion aber verharmlost. In Folge der Veröffentlichungen stieg in den kommenden Jahren die Aufmerksamkeit und damit auch die Zahl gemeldeter Fälle von rechts-radikalen Vorfällen in der Truppe. Nachdem weitere Vorfälle an die Öffentlichkeit kamen wurde 1998 ein Untersuchungsausschuss im Bundestag eingerichtet.

Wie auch heute fehlten bereits vor über 20 Jahren belastbare, öffentlich zugängliche Daten um eine umfassende Analyse und Aufarbeitung einzuleiten. So werden die gegenüber dem Bundestag berichteten Vorfälle – damals wie heute – keiner konkreten mili-tärischen Einheit zugeordnet. Die nach Bundestags-anfragen der Partei die Linke veröffentlichten Listen rechter Vorfälle in der Truppe aus dem Jahr 2020 ist, im Gegensatz zu vielen anderen Antworten auf Parlament-sanfragen, nicht maschinenlesbar und damit digital nicht auswertbar.³ Hinzu kommt, dass die Vorfälle zwar Dienstgruppen und (Tat)Orten, nicht aber den jeweli-gen Stammeinheiten und Wohnorten der Verdächtigen zugeordnet werden. Der Versuch einer Auswertung der Vorfälle aus 2020, der für diese Broschüre gemacht wurde, scheiterte an besagter miserablen Datengrund-



Die Abzeichen der Fallschirmschützen der Wehrmacht und der Fallschirmjäger der Bundeswehr unterscheiden sich kaum. (Quelle: Wikimedia)

lage – ein Schelm, wer den Verantwortlichen im Verteidigungsministerium hier Absicht unterstellt.

Verfassungstreue, Misstrauensvorwürfe und rechte Fallschirmjäger

Zurück in den späten 1990er Jahren wurde, nach starker öffentlicher Kritik, im Verteidigungsministerium an einem sogenannten „Treueerlass“ gearbeitet. Dieser sah vor, dass alle Soldat*innen einmal im Jahr ihre Treue zur Freiheitlich Demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik per Unterschrift festhalten sollten. Dagegen setzte sich der oberste Soldat, Generalinspekteur Bagger, zur Wehr und scharfte die Inspektoren der Teilstreitkräfte hinter sich. Bagger drohte mit Rücktritt, weil er in dem geplanten Treueerlass ein Misstrauensvotum gegenüber den Soldat*innen witterte. Die Soldaten stellten Verteidigungsminister Rüge vor eine Machtprobe, die zu einem Rückzieher des Ministers führte. Selbst der Text des geplanten Treueerlasses wurde nie veröffentlicht.

Aufgrund der gehäuften rechtsradikalen Vorfälle in der Fallschirmjägertruppe kam es in den späten 1990er Jahren zu einer Debatte um eine mögliche Auflösung der gesamten Truppengattung. Als Gründe standen die notorische Uneinsichtigkeit im Bezug auf den Umgang mit der Wehrmachtstradition und der Vorwurf, die Truppe würde ein Eigenleben führen, im Raum. Vorwürfe, die sich ab 2018 eins zu eins in der Anklage gegen das KSK wiederfinden – das aus der Fallschirmjägertruppe entstand.

Der seit Oktober 1998 amtierende Verteidigungsminister Rudolf Scharping von der SPD entscheidet sich, nach Beratungen mit der Bundeswehrspitze, allerdings gegen die Auflösung. Stattdessen wurde ein Maßnahmenkatalog und die verschärfte Beobachtung durch

den Militärgeheimdienst (MAD) angeordnet. Zudem sollte die politische Bildung in der Truppe, die zuvor offenbar vernachlässigt worden war, wieder verstärkt praktiziert werden. Hier stellt sich die Frage, ob auch Teile des ‚Fahrplans‘ von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer im Umgang mit dem KSK stumpf aus den 1990er Jahren abgeschrieben wurden, oder ob es sich um ein noch länger zurückreichendes Aufklärungsritual zwischen Politik und Truppe handelt.

Einen letzten Reformschritt in den 1999er Jahren bildet die Verabschiedung eines neuen Traditionserlasses 1999. Darin wurde die Bezugnahme der Bundeswehr auf die Wehrmacht, versehen mit Ausnahmen, grundsätzlich ausgeschlossen. Innerhalb der Truppe blieb der Unmut allerdings groß. Einige beschwerten sich, dass sich niemand schützend vor die Fallschirmjägertruppe gestellt hatte. Andere äußerten mit Blick auf die Umsetzung des Traditionserlasses Angst vor „Hysterie“ oder gar einem „großen Bildersturm“. Der Heeresinspekteur plädierte für ein behutsames Vorgehen und der für Erziehung und Ausbildung in der Truppe zuständige General sprach von einem gestörten Vertrauensverhältnis zwischen Truppe und politischer Leitung. Innerhalb der Truppe wurden schnell die „Oberverdachtsschöpfer“ als Problem ausgemacht.

Nach dem Traditionserlass richtet sich die Aufmerksamkeit 1999 in der Truppe schnell auf eine anstehende Strukturreform und in der Öffentlichkeit auf die erste Beteiligung der Bundeswehr an einem Angriffskrieg – dem NATO-Bombardement gegen Jugoslawien. Die Debatte um rechte Strukturen und rechtes Gedankengut in der Truppe verschwand – abseits von einzelnen Skandalmeldungen – als größeres Debattenthema für fast zwei Jahrzehnte wieder aus der Öffentlichkeit.

Anmerkungen:

- 1 Sönke Neitzel: Deutsche Krieger – Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, 2020, Propyläen, Berlin, Seite 474-486 ff.
- 2 Ebd.
- 3 Deutscher Bundestag: Drucksache 19/30574, Rechtsextreme Vorfälle in der Bundeswehr 2020, 9.6.2021.

Kommando Spezialkräfte

Alles beim Alten?

von Alexander Kleiß

Seit der Gründung des Kommando Spezialkräfte (KSK) ziehen sich rechte Skandale wie ein roter Faden durch seine Geschichte. Eine besondere Häufung lässt sich seit 2015 feststellen. Womöglich liegt das aber auch nur daran, dass ab diesem Zeitpunkt etwas genauer hingesehen wurde. Angesichts der strengsten Geheimhaltung um das KSK ist leider davon auszugehen, dass die bekannt gewordenen Skandale nur die Spitze des Eisbergs sind.

Durch erfolgreiche journalistische und antifaschistische Recherche und darauf folgenden politischen Druck kündigte die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer im Juni 2020 an, beim KSK mit „eisernem Besen“ zu kehren.¹ Zu wirklich tiefgreifenden Veränderungen oder gar der geforderten Auflösung des KSK konnte sie sich aber offenbar nicht durchringen. Seit Sommer 2021 gelten die Reformen als abgeschlossen und das KSK wird wieder in den Einsatz geschickt – Zeit Bilanz zu ziehen.

Jede Menge „Einzelfälle“

Seitens der Bundesregierung wurden die zahlreichen Skandale beim KSK immer wieder als „Einzelfälle“ bezeichnet. Eine vermutlich immer noch unvollständige Auflistung dieser einzelnen Fälle verdeutlicht jedoch, dass es sich dabei keineswegs um singulär auftretende Ereignisse handelt. Das KSK ist offenbar kontinuierlich Anziehungspunkt und Nährboden für ultrarechte und neonazistische Soldaten:

Berichte von rechten Vorfällen reichen bis in die Vorgängereinheiten aus der Zeit vor der Gründung des KSK 1996 zurück. Ein Jahr nach der Gründung des KSK wurde ein Video veröffentlicht, das bereits aus den frühen 1990er Jahren stammt. Darauf zu sehen sind mehrere Soldaten, wie sie in der Kaserne der Luftlande- und Lufttransportschule in Altenstadt den Hitlergruß zeigen. Einer von ihnen ist mittlerweile Kommandosoldat und wird entlassen. Im selben Jahr

ging ein Soldat an die Presse, der 1995 die Ausbildung in der Kommandokompanie B1 in Nagold, der unmittelbaren Vorgängerorganisation des KSK, durchlaufen hatte. Während seiner Ausbildung mit Stationen auf Lehrgängen an sieben Standorten der Bundeswehr sei er immer auf rechte Vorgesetzte und entsprechende Vorfälle, wie das Singen von Wehrmachtsliedern, Nazisprüche oder unnötige körperliche Schindereien gestoßen. Ein Großteil dieser Vorwürfe wurde damals vom Verteidigungsministerium bestritten.² Bereits vier Jahre nach der Gründung des KSK kam es erneut zu einem rechtsextremen Vorfall.

Im Juni 2000 überfiel ein KSK-Soldat, der damals 22-jährige Neonazi André C., eine andere Bundeswehreinheit während einer Übung auf einem Truppenübungsplatz in Baden-Württemberg. Er erbeutete sechs Pistolen und 1550 Schuss Munition, wurde aber nach sechswöchiger Flucht in Gera gestellt. Er hatte geplant, führende Politiker*innen, Armee-Offizier*innen, Journalist*innen und weitere Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zu ermorden.³

Kommandeur mit Wehrmachtstradition

Zwischen 2000 und 2003 war Reinhard Günzel Kommandeur des KSK. Er propagierte ein dubioses Traditionsverständnis innerhalb der Einheit. 2003 wurde er wegen eines Briefs entlassen, in dem er antisemitische und den Holocaust relativierende Aussagen⁴ des damaligen CDU-Abgeordneten Martin Hohmann lobte.⁵ Hohmann ist heute für die AfD aktiv. Ex-Kommandeur Günzel trat nach seiner Entlassung immer wieder in rechten Kreisen auf.⁶

Er kritisiert in dem u.a. von ihm herausgegebenen Buch „Geheime Krieger“⁷ die Umbenennung von Kasernen mit Wehrmachtbezug. Dies verhindere Traditionsbewusstsein und Korpsgeist innerhalb der Bundeswehr. Er wünscht sich einen stärkeren traditionellen Bezug auf die Wehrmacht. Deshalb begrüßt er auch

die „intensive[n] Kontakte“ der KSK-Soldaten zum „Kameradenhilfswerk der 78. Sturm- und Infanteriedivision“ der Wehrmacht. Auch ein Verbotserlass des Verteidigungsministeriums habe nichts an der Freundschaft geändert, die inoffiziell weiterhin gepflegt werde.

Eine besondere Verbundenheit bestehe Günzel zufolge zur Wehrmacht-Spezialeinheit „Brandenburger“, welche an Kriegsverbrechen beteiligt war und Partisan*innen auf dem Balkan mit besonderer Grausamkeit bekämpfte. Die Kommandosoldaten des KSK wüssten genau, wo ihre Wurzeln liegen: „Die Einsätze der ‚Brandenburger‘, der Vorläufer [...] des KSK, gelten in der Truppe als geradezu legendär. Die Operationen der Division ‚Brandenburg‘ sind Lehrbeispiele erfolgreicher Kommandoeinsätze.“ Er selbst pflege langen freundschaftlichen Kontakt mit dem „Brandenburger“ und Ritterkreuzträger Wilhelm Walther. Das Selbstverständnis der deutschen Kommandotruppen habe sich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert. Den „Brandenburgern“ ist in Günzels Buch ein eigenes, 38-seitiges Kapitel gewidmet, was die hohe traditionsstiftende Bedeutung deutlich zu Tage treten lässt. Auch zu latent antidemokratischen Äußerungen ließ sich Günzel in „Geheime Krieger“ hinreißen. So sei „die größte Herausforderung des KSK nicht der äußere Feind, sondern [...] die Widrigkeiten des bundesrepublikanischen Alltags“.⁸ Dass ein ehemaliger Kommandeur selbstbewusst mit entsprechenden Aussagen an die Öffentlichkeit geht, verdeutlicht das Ausmaß der Probleme beim KSK.

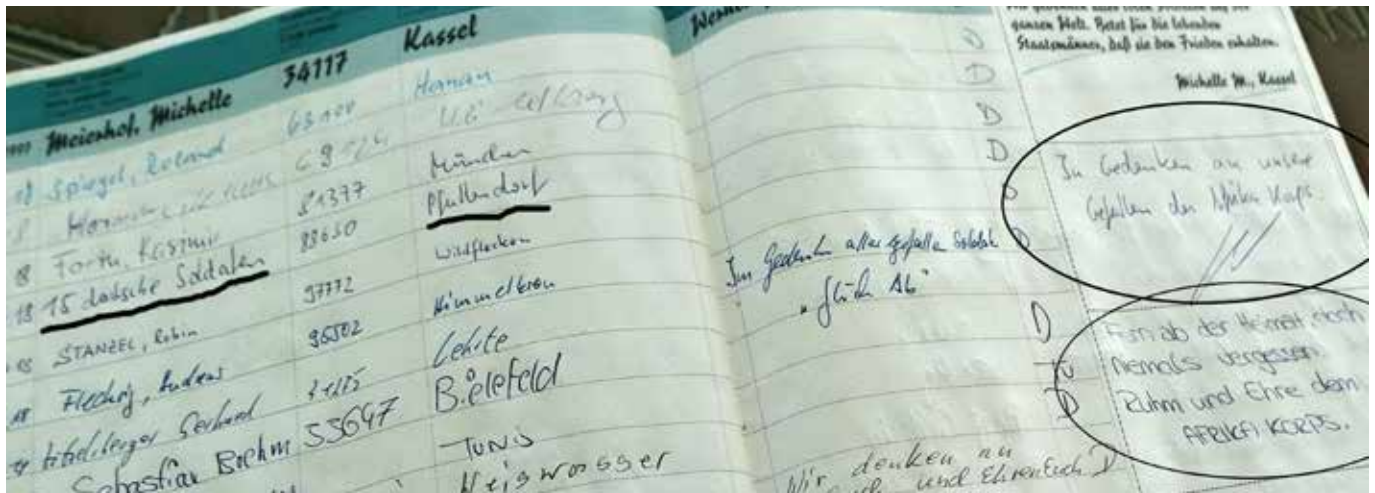
Auslandseinsätze und Radikalisierung

Während der Amtszeit Günzels kam es zu weiteren Skandalen: Als sich Soldaten des KSK im November 2001 auf der omanischen Halbinsel Masirah auf ihren Einsatz in Afghanistan vorbereiteten, fielen sie dadurch auf, dass sie auf ihren Geländewagen ein leicht umgewandeltes Palmensymbol, angelehnt an das Logo des Afrika-Korps der Wehrmacht, sprühten. Fahrzeuge mit diesem Symbol seien auch in der KSK-Kaserne in Calw von einem KSK-Angehörigen gesehen worden. Dabei wurde lediglich das Hakenkreuz durch das Bundeswehremblem ersetzt – der positive Bezug auf die Wehrmacht war dennoch eindeutig.⁹ Der Deutsch-Türke Murat Kurnaz aus Bremen war 2001 – etwa zeitgleich – in Pakistan fälschlicherweise festgenommen worden. Ihm konnte auch nach mehrjähriger Folterhaft in Guantanamo kein Verbrechen nachgewiesen werden. Kurnaz beschuldigt auch KSK-Soldaten, ihn Anfang 2002 in einem US-Gefangenenlager im afghanischen Kandahar gefoltert zu haben. Strafverfahren

gegen KSK-Angehörige, die Kurnaz auf Bildern identifizieren konnte, wurden zweimal aufgrund mangelnder Beweise eingestellt. Diverse Unterlagen seien „auf mysteriöse Art und Weise versehentlich“ vernichtet worden, so sein Anwalt.¹⁰ Während Kurnaz gefoltert wurde, sollen die KSK-Soldaten auf deutsch gesagt haben: „Wir sind deutsche Soldaten. Wir sind die deutsche Kraft.“¹¹ Alexander F., einer der Verdächtigen, wurde 2020 wegen seiner Nähe zur neonazistischen „Identitären Bewegung“ suspendiert – 18 Jahre nach dem Vorfall.¹² In der Zwischenzeit konnte er beim KSK weiter Karriere machen.

Morddrohungen aus Calw

Nach der Entlassung Günzels kamen ganze vier Jahre keine rechten Skandale beim KSK ans Licht der Öffentlichkeit. 2007 jedoch zeigte der KSK-Hauptmann Daniel K. eindrucksvoll, dass das Problem mit Neonazis beim KSK keineswegs gelöst war. In einer E-Mail, die von Spiegel Online in Auszügen veröffentlicht wurde, beschimpft und bedroht der KSK-Hauptmann Daniel K. den im Netzwerk kritischer Offiziere, Darmstädter Signal, organisierten Oberstleutnant Jürgen Rose, der zuvor seine Beteiligung am Tornado-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan verweigert hatte: „Ich beurteile Sie als Feind im Inneren und werde mein Handeln danach ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen. [...] Sie werden beobachtet, nein nicht von impotenten instrumentalisierten Diensten, sondern von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht.“ Rose solle zudem zurückkehren in „die Sümpfe des Steinzeitmarxismus“. Der Brief endet mit dem Schlusssatz: „Es lebe das heilige Deutschland“. Gegen Daniel K. wurde eine einfache Disziplinarmaßnahme verhängt.¹³ Dennoch konnte er beim KSK weiter Karriere machen. Bis 2019 war er bereits vom Hauptmann zum Oberstleutnant befördert worden und konnte als Ausbilder seine Gesinnung an jüngere Generationen des KSK weitergeben. Mit der erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit für das KSK schien 2019 allerdings auch der Wille im Verteidigungsministerium zu steigen, Daniel K. aus dem KSK zu entfernen. Ihm wurde vorgeworfen, im Internet Reichsbürgerparolen verbreitet zu haben, Verbindungen zur Identitären Bewegung zu pflegen und in seinem Einstellungsgespräch im Jahr 1991 nicht angegeben zu haben, dass er als Jugendlicher in den späten Achtzigerjahren etwa zwei Jahre lang Mitglied bei der Jugendorganisation der NPD gewesen war. Deshalb sollte er entlassen werden. 2020 entschied ein Gericht, Daniel K. dürfe



Eintrag deutscher Soldaten aus Pfullendorf im Gästebuch des tunesischen Friedhofs. (Foto: IMI)

weiter Soldat bleiben, da er seine Vergangenheit bei den „Jungen Nationaldemokraten“ vor seiner Ernennung zum Berufssoldaten mehrmals gegenüber Vorgesetzten offengelegt habe. Offenbar hatte sich damals niemand daran gestört.¹⁴

Nazilieder zur Abschiedsfeier

In den Jahren nach 2007 geriet das KSK vorübergehend aus dem öffentlichen Fokus. Währenddessen radikalisierte sich ein Teil der Soldaten im Verborgenen weiter. Dies betraf insbesondere die zweite Einsatzkompanie des KSK, die im Afghanistan-Einsatz kämpfte und dabei den einzigen Gefechtstoten des KSK zu beklagen hatte.¹⁵ Ab 2017 war die Radikalisierung der 2. Einsatzkompanie so weit fortgeschritten, dass auch die Öffentlichkeit davon erfuhr. Am 27. April 2017 feierte die Kompanie den Abschied ihres bisherigen Kompaniechefs Pascal D. auf einem Schießplatz nahe Stuttgart. Dieser musste einen Parcours, der unter anderem das Werfen von Schweineköpfen vorsah, absolvieren. Anschließend sollte er „als Hauptpreis“ Sex mit einer Frau haben, die extra zu diesem Zweck eingeladen worden war. Zum Sex sei es jedoch nicht gekommen, weil D. zu betrunken gewesen sei. Darüber hinaus berichtet die Frau, die sich nach ihren Beobachtungen an Journalist*innen wandte, dass auf der Feier auch rechtsradikale Musik der neonazistischen Band Sturmwehr gespielt und der Hitlergruß gezeigt worden sei. Von den etwa 60 anwesenden Soldaten habe dies niemanden gestört. Vielmehr hätten die textsicheren Elite-Kämpfer „euphorisch“ mitgegröhlt.¹⁶ Auch Pascal D. hatte den Hitlergruß gezeigt. Dafür erhielt er später einen Strafbefehl in Höhe von 4.000 Euro. Diesen akzeptierte er nicht. Letztlich wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt, da alle anwesenden Solda-

ten ihn deckten. Auch die Bundeswehr erließ zunächst keine Disziplinarmaßnahmen.¹⁷

Ein Jahr nach der „Schweinekopfparty“, im April 2018, kam es zum nächsten Skandal. Das KSK beteiligte sich an der multinationalen Spezialkräfteübung „Flintlock 2018“ in Tunesien. Dies nahmen 15 KSK-Soldaten am 15. April 2018 zum Anlass, den Friedhof Bordj Cedria bei Tunis zu besuchen, auf dem gefallene Wehrmachtssoldaten beerdigt worden waren. Im Gästebuch des Soldatenfriedhofs hinterließen sie die Einträge „In Gedanken an unsere Soldaten des Afrika Korps“ sowie „Ruhm und Ehre dem Afrika Korps“.¹⁸ Wie bereits 17 Jahre zuvor bezogen sich KSK-Soldaten erneut positiv auf das Afrika-Korps der Wehrmacht. Es scheint sich seither nicht viel geändert zu haben am fragwürdigen Traditionsverständnis der Elitekämpfer.

Das Hannibal-Netzwerk

Die jahrelang ungestörte Präsenz und Vernetzung von Neonazis im KSK wurde immer gefährlicher. Einzelne fühlten sich offenbar ermutigt, einen Schritt weiterzugehen. Ab Ende 2018 veröffentlichten Journalist*innen der TAZ eine Reihe ausführlicher Recherchen zum Hannibal-Netzwerk.¹⁹ Aus diesem Netzwerk heraus planten mehrere Personen ab 2015 mutmaßlich rechte Terroranschläge sowie die Ermordung politischer Gegner*innen an einem Tag X. Dafür wurden Waffendepots und Feindeslisten angelegt. (Weitere Informationen dazu finden sich im Artikel „Wie die Justiz einen vermeintlichen Schlussstrich unter das Hannibal-Netzwerk ziehen will“ in dieser Broschüre sowie in der IMI-Studie „Der Hannibal-Komplex - Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten“.²⁰) Mehrere Protagonisten des Hannibal-Netzwerks waren KSK-Soldaten.

Einige dieser KSK-Soldaten übernahmen zentrale Positionen im Netzwerk. So zum Beispiel André S., der den Verein Uniter e.V. gründete und militärtaktische Trainings für Gleichgesinnte organisierte. Zudem war S. zentraler Administrator diverser rechter Chatgruppen, in denen sich rechte Prepper nicht nur über Konservendosen, sondern auch über Anschlagpläne und Umsturzversuche austauschten. Das von S. in den Chats verwendete Pseudonym „Hannibal“ wurde in der Öffentlichkeit auch für das gesamte Netzwerk namensgebend.

Ein Teil der Munition und Granaten, die Mitglieder des Hannibal-Netzwerks gehortet hatten, wurde aus den Beständen des KSK entwendet.

Waffenkammern als Selbstbedienungsladen?

Nach intensiven Untersuchungen wurde 2020 öffentlich, dass insgesamt 48.000 Schuss Munition sowie 62 kg Sprengstoff aus den Beständen des KSK verschwunden seien. Ein Teil der verschwundenen Munition wurde nach mehrmonatiger Suche wiedergefunden. Abschließend bleibt dennoch bis heute bei 13.000 Schuss Munition und 62 kg Sprengstoff unklar, wie und vor allem wohin diese verschwinden konnten. Das BMVg teilte dem Verteidigungsausschuss des Bundestages 2021 mit, diese Frage werde sich „nicht weiter aufklären lassen“.²¹ Diebstahl könne nicht ausgeschlossen werden. Fehlerhafte Angaben bei Munitionszählungen wurden unter mehreren Kommandeuren des KSK über Jahre hinweg gemacht. Die Handhabung von Munition beim KSK sei einem internen Bericht des Verteidigungsministeriums zufolge „fahrlässig“ gewesen. Vorschriften seien „häufig nicht eingehalten“ worden.²²

Noch bevor die Öffentlichkeit von den immensen Munitionsverlusten beim KSK erfuhr, reagierte der damalige KSK-Kommandeur Markus Kreitmayr auf die Missstände, indem er eine Munitionsrückgabeamnestie erließ. Er stellte Kisten in der Kaserne auf, in die Soldat*innen gestohlene Munition anonym zurückgeben konnten. Außerdem wurde den Soldat*innen Straffreiheit zugesagt, womit Kreitmayr seine Kompetenzen weit überschritt und mögliche spätere Ermittlungen quasi verunmöglichte. Bei der Sammelaktion kam innerhalb weniger Wochen mehr Munition zusammen als ursprünglich überhaupt vermisst wurde. Es tauchte also Munition auf, die zuvor gar nicht als verschwunden gelistet war.²³ Teile der vermissten Munition (die besagten 13.000 Schuss) blieben jedoch weiterhin unauffindbar. Dieser Skandal ermöglicht Einblicke in das KSK, die vermuten lassen, dass es für militante

Neonazis und rechte Prepper in den Reihen des KSK sehr leicht gewesen sein muss, Munition, Sprengstoff und anderes militärisches Equipment zu entwenden. Wegen der Munitionsrückgabeamnestie laufen aktuell strafrechtliche Ermittlungen gegen Kreitmayr.²⁴ Aktuell bekleidet Kreitmayr als Leiter der Abteilung Ausbildung Streitkräfte im Streitkräfteamt den Posten, auf den auch Oberst Klein nach dem Bombardement von Kundus zeitweise versetzt wurde, bevor er seine Karriere fortsetzen konnte.

Weitere Waffenfunde und ein Leck beim MAD

Im Mai 2020 flog ein weiterer militanter Neonazi in den Reihen des KSK auf. Der Oberstabsfeldwebel Philipp Sch. hatte insgesamt 7.000 Patronen unterschiedlichster Art, zwei Kilogramm PETN-Sprengstoff, Irritationskörper, Übungs-Handgranaten und ein Kalaschnikow-Sturmgewehr vom Typ AK-47 in seinem Garten vergraben.²⁵ Der Großteil davon stammte aus KSK-Beständen. Außerdem soll er antisemitische Postkarten, Hitler-Bilder sowie rechtsradikale, verbotene CDs und Kassetten gelagert haben. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) hatte ihn schon seit der Abschiedsfeier für Pascal D. im April 2017 als rechtsextremistischen Verdachtsfall gelistet.



Das gesellschaftskritische Nö-Theater zeigt in dem Stück der Hannibal-Komplex den gefährlichen Mix aus toxischer Männlichkeit, Verschwörungsideologie und Militarismus. (Foto: Klaudius Dziuk)



Ein Soldat des KSK nimmt sich Munition bei der Scharfschützenausbildung. (Quelle: Bundeswehr, Jana Neumann, Flickr)

Auch Philipp Sch. wird vorgeworfen, damals den Hitlergruß gezeigt zu haben. Er hatte zudem Kontakt zu Einzelpersonen des Hannibal-Netzwerks.²⁶ Am Ende kommt er im März 2021 vor dem Landgericht Leipzig mit einer Bewährungsstrafe wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz davon.

Beim MAD gab es im Zuge dieser Ermittlungen ein Informationsleck. Ein MAD-Mitarbeiter hatte einem KSK-Soldaten Bilder aus den Ermittlungsakten zugesickt. Dieser wiederum hatte die Bilder einer Gruppe von mehreren KSK-Soldaten zugänglich gemacht. Diese hatten die Bilder dann an mindestens einen weiteren KSK-Soldaten weitergegeben. Unter den Soldaten, die so Zugriff zu Teilen der Ermittlungsakten erhielten, sollen auch Soldaten gewesen sein, die als rechtsextreme Verdachtsfälle geführt wurden. Die Ermittlungen seien dadurch nicht gefährdet gewesen, behauptete der MAD. Dennoch zeugt der Vorfall von der mangelnden Distanz des Militärgeheimdiensts zu seinem Beobachtungsobjekt, dem KSK.²⁷ Bereits 2017 war ein MAD-Mitarbeiter in den Verdacht geraten, Andre S. alias „Hannibal“ vor einer Hausdurchsuchung gewarnt zu haben.²⁸ Abschließend bewiesen werden konnte der Vorfall damals zwar nicht; klar ist jedoch, dass „Hannibal“ vor einer Durchsuchungsaktion der Polizei gewarnt wurde.

„Eiserner Besen“?

Bereits mit der Abschiedsfeier für Pascal D. 2017 und dem Aufliegen des Hannibal-Netzwerks Ende 2018 war der öffentliche Druck auf die Bundesregierung gestiegen, beim KSK endlich durchzugreifen. Dennoch hörte man aus dem Verteidigungsministerium immer nur von „Einzelfällen“. Dass es sich um ein strukturelles Problem handelte, wurde stets geleugnet. Mit dem Fund eines Waffendepots bei Philipp Sch. im Mai 2020 war der Druck dann offenbar so groß geworden, dass zumindest eine Aufarbeitung der Problematik und eine Reihe von kleinen Reformen seitens der Regierung auf den Weg gebracht wurden. Die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer erklärte im Juni 2020, sie werde mit dem „eisernen Besen“ beim KSK kehren.²⁹ Das KSK wurde vorübergehend aus allen Auslandseinsätzen abgezogen und der MAD erklärte die Spezialkräfte zu einem Arbeitsschwerpunkt seiner Überwachungstätigkeiten.³⁰ Der Verteidigungsausschuss des Bundestags befasste sich in einer Reihe von Sondersitzungen mit dem KSK. Als Schwerpunkt der Probleme innerhalb des KSK wurde die zweite Einsatzkompanie und der Bereich Ausbildung identifiziert. Einige Soldat*innen wurden wegen Rechtsextremismus oder mangelnder Verfassungstreue entlassen oder versetzt. Ein Paket mit 60 Reformmaß-

nahmen wurde durch das Verteidigungsministerium auf den Weg gebracht.³¹ Dieses Paket enthielt jedoch in erster Linie kosmetische Korrekturen, z.B. eine neue Außendarstellung, neue Stellen oder eine bessere psychische Betreuung für die Soldat*innen. Insofern profitierte das KSK zum Teil sogar von den Reformen. Teils wurden Selbstverständlichkeiten als Reform verkauft, z.B. die Einhaltung allgemeiner Bundeswehrstandards im Bereich der Verwaltung, Lagerung und Ausgabe von Munition. Außerdem wurde beschlossen, den Bereich Ausbildung auszulagern und neu aufzustellen. Dieser war jahrelang von Neonazis wie Philipp Sch. und Daniel K. geprägt worden und schien kaum reformierbar. Eine zentrale Maßnahme jedoch war die Auflösung der zweiten Einsatzkompanie des KSK. Diese war neben der Abschiedsfeier 2017 auch noch durch eine Reihe weiterer rechter Vorfälle auffällig geworden. Mit Pascal D. wurde sie jahrelang von einem Neonazi geführt. Auch sie schien dem Verteidigungsministerium nicht mehr reformierbar und wurde deshalb als Struktur aufgelöst. Von den 66 Personen, die die Kompanie zum Zeitpunkt der Auflösung umfasste, verblieben allerdings 61 beim KSK. Eine Person ging in den Ruhestand und drei wurden regulär oder auf eigenen Wunsch versetzt.³² Insofern wurde zwar die Struktur dieser Kompanie zerschlagen, aber die meisten Personen sind nach wie vor in den Reihen des KSK tätig. Diese Auflösung war damit zwar öffentlichkeitswirksam, aber im Endeffekt eine Luftnummer. Zu Beginn der Reformdebatte stand auch die Drohung einer vollständigen Auflösung des KSK im Raum. Diesen Plan, sollte er je ernst gemeint gewesen sein, verwarf die Bundesregierung jedoch sehr früh.

KSK jetzt skandalfrei?

Im Juni 2021 verkündete das Verteidigungsministerium stolz die Rehabilitierung des KSK. Das Kommando wurde zur Absicherung des Abzugs direkt wieder in den Afghanistan-Einsatz geschickt. In aller Öffentlichkeit als Retter präsentiert wurde das KSK während der Evakuierungsoperation der Bundeswehr im August am Flughafen Kabul. Insofern geht die Eliteeinheit gewissermaßen gestärkt aus der Krise hervor. Das Image in der Öffentlichkeit dürfte allerdings dennoch gelitten haben. Die Reform- und Krisenphase 2020/2021 sorgte zumindest dafür, dass die schlimmsten Mängel beim KSK vorerst abgestellt wurden. Dies betrifft z.B. den Umgang mit Munition, der jeglichen Bundeswehrrichtlinien widersprach, die Umstrukturierung des Bereichs Ausbildung und die Auflösung der zweiten Kompanie. Durch die parlamentarische Befas-

sung mit dem KSK wurden zudem weitere Missstände öffentlich, die ansonsten vermutlich unter den Teppich gekehrt worden wären. So wurden Aufträge zum Teil auf fragwürdige Weise an alte Kameraden oder zwielichtige Firmen vergeben. Beispielsweise wurde das Unternehmen eines 2012 aus dem KSK ausgeschiedenen Soldaten mit der Durchführung von Trainings in Namibia beauftragt. Es gibt Hinweise auf Vetternwirtschaft, da unklar bleibt, weshalb gerade seine Firma „Elite Safaris CC“ den Auftrag ohne Ausschreibung erhielt. Der betreffende Soldat gilt als Rechtsextremist und hielt zudem Kontakt mit seinem ehemaligen Kameraden Philipp Sch., bei dem 2020 das Munitionsdepot gefunden worden war.³³ Ein anderes zwielichtiges Unternehmen aus dem Umfeld des KSK ist die Firma „Ferox Logistics and Consulting“. Ferox ist mit der Logistik für geheime Auslandseinsätze der Spezialkräfte beauftragt. Der KSK-Soldat Andreas K. spielte dabei eine fragwürdige Doppelrolle. Im Auftrag des KSK war er für den Kontakt zu diesem Unternehmen zuständig. Bei Ferox trat er intern als „Business Development Manager“ auf und schanzte Freunden allem Anschein nach Aufträge zu. Teilweise wurden Kosten aufgebläht und Beträge doppelt abgerechnet.³⁴ Auch hier steht der Verdacht der Vetternwirtschaft deutlich im Raum. Abschließend aufgeklärt werden konnten die Vorgänge um Ferox jedoch nicht – auch aufgrund des Unwillens der Regierung, sich mit der Thematik zu befassen. Die Sondersitzungen des Verteidigungsausschusses förderten immer wieder neue Skandale und neue Fragen zutage. Dies betraf unter anderem den Umgang mit Munition oder vernichtete Inventurprotokolle. Diverse Fragen blieben bis zuletzt offen, beispielsweise jene nach dem Verbleib der Munition und den Umständen des Abhandenkommens. Eine vollumfängliche Aufarbeitung fand nicht statt.



Das KSK bei einer Lehrvorführung.
(Quelle: Bundeswehr, Jana Neumann, Flickr)

KSK auflösen!

Das Verteidigungsministerium scheint überzeugt davon, dass Spezialkräfte wie das KSK unverzichtbar für die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr seien, weshalb drastische Maßnahmen wie eine Auflösung der Einheit dort kaum als Option betrachtet wurden. Mit dem aktuell kosmetisch korrigierten KSK, das letztlich für ein „Weiter so!“ steht, wird es immer wieder zu ähnlichen Skandalen mit rechtem Hintergrund kommen, weil mit einer solchen Einheit gewisse Grundproblematiken einhergehen, die sich nur durch eine Auflösung ausschließen lassen:

Erstens agiert das KSK geheim, was bei einer Spezialeinheit in der Natur der Sache liegt. Dies führt dazu, dass öffentliche Kontrolle im allgemeinen und parlamentarische Kontrolle im Speziellen mangelhaft ist, wodurch problematische Tendenzen viel zu spät oder gar nicht erkannt werden. Zweitens ziehen Eliteeinheiten wie das KSK immer auch Neonazis an. Das liegt zum einen am Elitegedanken, der gewissermaßen Teil der DNA des KSK ist, und zum anderen an der starken Kampforientierung des KSK. Die letzten 25 Jahre haben deutlich gezeigt, dass solche Einheiten besonders attraktiv für Neonazis sind. Drittens ist der Korpsgeist in solchen stark kampforientierten Eliteeinheiten besonders ausgeprägt: Wenn de facto das eigene Überleben von (auch rechten) Kamerad*innen abhängig ist, dann wird man diese meist nicht an Vorgesetzte melden und ist eher bereit, wegzusehen.

Die oberflächliche Aufarbeitung und die Reform des KSK können diese Grundprobleme nicht lösen. Deshalb ist es leider nicht verwunderlich, dass bereits kurz nach dem Abschluss der Reformen erneut rechte Verdachtsfälle im KSK identifiziert wurden: Ein KSK-Oberstabsfeldwebel soll 2015 während einer Ausbildung die schwarz-weiß-rote Reichsflagge neben der Bundesflagge angebracht haben, lautet ein Vorwurf. Zudem wird ein Leutnant beschuldigt, bereits 2014 rechtsextreme Bilder über Whatsapp verbreitet zu haben. Beide Fälle kamen im September 2021 an die Öffentlichkeit.³⁵ Im Oktober 2021 führte die Polizei außerdem mehrere Razzien wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung durch. Zwei ehemalige Soldaten hatten geplant, mit einer Söldnertruppe in den Krieg im Jemen einzugreifen. Einer der Beschuldigten wohnt in Calw, wo auch das KSK stationiert ist. Eine Verbindung zum KSK ist daher wahrscheinlich.³⁶

Leider ist davon auszugehen, dass dies nicht die letzten Fälle in der langen Liste der vermeintlichen „Einzelfälle“ sind. Das KSK ist nicht reformierbar. Nur eine

Auflösung dieser Eliteeinheit würde endlich für nachhaltige Besserung sorgen. Doch diese scheint aktuell leider wieder in weite Ferne gerückt.

Die aktuelle Verteidigungsministerin Lambrecht scheint das KSK sogar wieder weiter von der parlamentarischen Kontrolle abschotten zu wollen. War es zumindest in den letzten Jahren gängige Praxis, dass auf Parlamentsanfragen zu Disziplinarmaßnahmen innerhalb des KSK geantwortet wurde, mauert das Ministerium mittlerweile.³⁷

Stattdessen hat das KSK in Calw im September 2022 ein Besucherzentrum eröffnet, in dem die Einheit neben Heldengeschichten und Militärtechnik auch die Reformen der letzten Jahre darstellt und sich so als vermeintlich geläutert darstellen kann.³⁸

Anmerkungen:

- 1 Rechtsextreme bei Bundeswehr. „Operation Eiserner Besen“. 17.6.2020, tagesschau.de
- 2 Alexej Hock: Eine Chronik vieler Unrühmlichkeiten. 2.7.2020, welt.de
- 3 Daniel Köhler: Right-Wing Terrorism in the 21st Century. The ‚National Socialist Underground‘ and the History of Terror from the Far-Right in Germany. 2017; Andrea Röpke: „Explosive Stimmung in der braunen Szene“, Blick nach Rechts, 12.03.2012.
- 4 Zitat: „Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschließlich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte oder waren Juden ausschließlich die Opfer, die Leidtragenden? [...] Juden waren in großer Anzahl sowohl in der Führungsebene als auch bei den Tschecha-Erschießungskommandos aktiv. Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk‘ bezeichnen. Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet.“ Die gesamte Rede wurde von der Tagesschau dokumentiert.
- 5 Neues Deutschland: Elite-General lobt Hohmann. Struck feuerte KSK-Chef wegen Dankesbrief zu Antisemitismus-Sprüchen. 5.11. 2017.
- 6 So war er unter anderem bei der Münchner Burschenschaft Danubia (04.07.04), den Göttinger Burschenschaften Holzminda & Burschenschaft Hannovera (2003), dem „Institut für Staatspolitik“ (Mai 2004), dem 8. Berliner Kolleg (Dezember 2004) des genannten „Institut für Staatspolitik“, bei dem rechtsklerikalen Verein „Die Wende“ (13.04.07), bei der Prager Burschenschaft Teutonia zu Regensburg (03.05.07) oder bei der Burschenschaft Ghibellinia zu Prag in Saarbrücken als Referent angekündigt. Deutsche Militärzeitschrift (DMZ) – Mai-Juni 2008.
- 7 Reinhard Günzel, Wilhelm Walther, Ulrich Wegener: Geheime Krieger. 2007.

- Das Buch ist im Pour-le-Mérite-Verlag des deutschen Verlegers Dietmar Munier erschienen. Dessen Verlagsgruppe publiziert seit Jahren unter anderem rechte und geschichtsrevisionistische Literatur. Er gibt darüber hinaus die Monatszeitschrift Zuerst! heraus, die sich an eine konservative bis rechtsextreme Leserschaft wendet. Zuerst! zählt mittlerweile zu den einflussreichsten Medien der Neuen Rechten.
- 8 Ebd.
- 9 KSK-Soldaten sprühten Wehrmachtssymbol auf Wagen. 1.11.2006, [spiegel.de](https://www.spiegel.de)
- 10 IMI-Standpunkt 2013/020: Jürgen Wagner: „Nach vorn!“ – „einsatzbereit – jederzeit – weltweit“! Deutsche Spezialkräfte im Umbruch. 2013, [imi-online.de](https://www.imi-online.de)
- 11 Bundeswehr soll Misshandlungen in US-Lager zugesehen haben. 11.10.2006, [spiegel.de](https://www.spiegel.de)
- 12 1996 – 2022 / Calw / Nazihotspot Kommando Spezialkräfte. [entnazifizierungjetzt.de](https://www.entnazifizierungjetzt.de)
- 13 Feind im Inneren. 22.3. 2008, [spiegel.de](https://www.spiegel.de)
- 14 Bundeswehr suspendiert Elitesoldaten. 8.2.2019, [spiegel.de](https://www.spiegel.de); KSK-Offizier darf trotz Rechtsextremismus-Verdacht bleiben. 18.12.2020, [spiegel.de](https://www.spiegel.de)
- 15 Joachim Käppner u.a.: Wir waren Helden. 29.3.2021, [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de)
- 16 Panorama: Hitlergruß? Ermittlungen gegen Kompaniechef. 17.8. 2017, [ndr.de](https://www.ndr.de)
- 17 Panorama: KSK Oberstleutnant wegen Hitlergruß vor Gericht. 16.9.2019, [ndr.de](https://www.ndr.de)
- 18 Tobias Schulze, Christina Schmidt: NS-Gedenken in der Bundeswehr: KSK gedenkt der Wehrmacht. 3.5.2019, [taz.de](https://www.taz.de). Ein IMI-Mitglied hatte den Gästebucheintrag im Urlaub zufällig entdeckt und dokumentiert.
- 19 Hannibals Schattennetzwerk. Hintergründe zum Prozess gegen Franco A. 29.3.2021, [taz.de](https://www.taz.de).
- 20 IMI-Studie 2019/04b: Luca Heyer: Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten. 9.7.2019, [imi-online.de](https://www.imi-online.de)
- 21 Bericht der Task Force Munition und sicherheitsempfindliches Gerät (TFMSG) beim Inspekteur des Heeres (InspH) zur Überprüfung von Munition und sicherheitsempfindlichem Gerät Kommando Spezialkräfte (KSK). 25.2.2021.
- 22 Ebd.
- 23 Skandal beim KSK. Verdacht auf Strafvereitelung. 19.2.2021, Tagesschau auf [newsdeutschland.de](https://www.newsdeutschland.de)
- 24 Munitionsaffäre. Ermittlungen gegen KSK-Kommandeur. 31.3.2021, [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)
- 25 Sarah Ulrich: KSK-Soldat vor Gericht: Waffen, Hitlerbilder, Hetzschriften. 22.1.2021, [taz.de](https://www.taz.de)
- 26 Ebd.
- 27 Geheimnisverrat unter KSK-Soldaten weitet sich aus. 20.6.2020, [zeit.de](https://www.zeit.de)
- 28 Martin Kaul, Christina Schmidt: „Hannibal“ schaffte Beweise weg. 31.3.2019, [taz.de](https://www.taz.de); Christina Schmidt, Luisa Kuhn: Rechtes Netzwerk um „Hannibal“: MAD-Mitarbeiter freigesprochen. 9.11.2020, [taz.de](https://www.taz.de)
- 29 Tagesschau: Rechtsextreme bei Bundeswehr. „Operation Eiserner Besen“. 17.6.2020, [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)
- 30 Ronen Steinke: Rechtsextreme Umtriebe beim KSK. 26.5.2020, [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de)
- 31 Generalinspekteur der Bundeswehr: Zwischenbericht zur Umsetzung des Maßnahmenkatalogs der Arbeitsgruppe Kommando Spezialkräfte. 30.10.2020, [bmvg.de](https://www.bmvg.de)
- 32 Generalinspekteur der Bundeswehr: Abschlussbericht zur Umsetzung des Maßnahmenkatalogs der Arbeitsgruppe Kommando Spezialkräfte. 8.6.2021, [bmvg.de](https://www.bmvg.de).
- 33 Verstoß gegen Vergaberecht? Bundeswehr prüft KSK-Übungen in Namibia. 13.1.2021, Tagesschau, einsehbar unter [dokmz.com](https://www.dokmz.com)
- 34 Christian Schweppe, Ibrahim Naber: Geheime Bundeswehr-Deals in Afrika: Im Schatten der Wüstenblume. 1.7.2021, [thepionier.de](https://www.thepionier.de)
- 35 Neue Rechtsextremismus-Vorwürfe. Offenbar weitere Ermittlungen beim KSK in Calw. 19.9.2021, [swr.de](https://www.swr.de)
- 36 Festnahme im Schwarzwald: Ex-Bundeswehrsoldaten wollten offenbar Söldnertruppe gründen. 20.10.2021, [wr.de](https://www.wr.de)
- 37 Konrad Litschko: Keine Angabe zu KSK-Disziplinarverfahren: Lambrecht lässt mauern. 18.9.2022, [taz.de](https://www.taz.de)
- 38 Neue Transparenz im Kommando Spezialkräfte. Besucherzentrum der Elite-Truppe KSK in Calw eröffnet. 20.9.2022, [swr.de](https://www.swr.de)

Die Farbenlehre des MAD

Per Definition keine Nazis vorhanden

von Alexander Kleiß

Der Militärische Abschirmdienst (MAD) ist der Militärgeheimdienst der Bundesrepublik. Neben der Abwehr äußerer Bedrohungen gegen die Bundeswehr ist er auch mit der Erkennung von Verfassungsfeinden innerhalb der Truppe beschäftigt. Darunter fällt auch, Neonazis in der Bundeswehr zu erkennen und entsprechende Erkenntnisse weiterzuleiten, sodass diese Neonazis aus der Bundeswehr entfernt werden. Doch wie erkennt der MAD eigentlich Neonazis? Und welche Probleme gab es in den vergangenen Jahren dabei?

Gemäß der Extremismustheorie bezeichnet der MAD Neonazis als Rechtsextremist*innen. Die Extremismusdefinition, mit der der MAD arbeitet, ergibt sich aus §1 des MAD-Gesetzes (MADG) und §4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG).

Extremist*innen sind demzufolge Personen mit „Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind“ (§1 MADG). Näher konkretisiert werden diese Bestrebungen in §4 BVerfSchG. Um tatsächlich als extremistisch eingestuft zu werden, muss die betreffende Person demnach entweder „in einem oder für einen Personen-

zusammenschluss handeln“ oder die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein, die genannten Bestrebungen tatsächlich zu verwirklichen.

Diese sehr sperrige Definition führte dazu, dass in einigen Fällen Personen, die nach allgemeinen gesellschaftlichen Vorstellungen durchaus als faschistisch oder neonazistisch zu bezeichnen wären, weiterhin bei der Bundeswehr tätig sein konnten, da sie durch den MAD nicht als rechtsextremistisch eingestuft wurden. Ein Beispiel hierfür ist ein Soldat, der den Hitlergruß zeigte, jedoch (zumindest zunächst) nicht als Rechtsextremist, sondern nur als Verdachtsfall eingestuft wurde, da ihm keine Verhaltensweisen nachgewiesen werden konnten, die darauf gerichtet waren, die freiheitliche demokratische Grundordnung tatsächlich zu beseitigen.¹ Ähnlich verhielt es sich auch immer wieder in Fällen, in denen sich Soldat*innen in sozialen Medien rassistisch äußerten.²

Hitlergrüße oder rassistische Kommentare rechtfertigten nach Ansicht des MAD keine Einstufung als extremistisch, sondern waren lediglich Anhaltspunkte, um die betreffenden Personen als Verdachtsfälle zu führen, um zu überprüfen, ob sie der fragwürdigen Extremismusdefinition des MAD entsprechen. Dementsprechend verblieben sie in der Bundeswehr, was dazu führte, dass es in der Logik des MAD und des Verteidigungsministeriums quasi keine Neonazis in der Bundeswehr gab. Denn wenn diese erkannt würden, würden sie ja auch quasi direkt entlassen oder zumindest suspendiert. Es existierten also offiziell nur sogenannte Verdachtsfälle – keine Rechtsextremisten. Diese systematisch verzerrte Darstellung der Wirklichkeit war politisch wirksam, um die Weste der Bundeswehr in der Öffentlichkeit reinzuwaschen. Aufgrund dieser vermeintlich weißen Weste dauerte es dann auch extrem lange bis die Öffentlichkeit ab 2017 anfang, genauer hinzuschauen und die offiziellen Definitionen z.T. zu hinterfragen.



Wie genau der MAD seine Akten sortiert, bleibt weiterhin ein Rätsel. (Quelle: Tim Reckmann, Flickr)



Die Ampel - ein einfaches und zuverlässiges Ordnungssystem? (Quelle: Francisco Welter-Schultes, Wikimedia)

Der MAD verwendete intern ein Ampelsystem, demzufolge Personen, die mit der Farbe „grün“ gekennzeichnet waren, als unproblematisch galten, die Farbe „gelb“ für eine Verdachtsfallbearbeitung stand und die Farbe „rot“ für eine extremistische Person, die aus der Bundeswehr entfernt werden muss.

Erst 2019 wurde diese Regelung geändert. Hierfür wurde die neue Kategorie „orange“ eingeführt. Diese steht für „fehlende Verfassungstreue“.³ Die neue Regelung bezieht sich auf §8 des Soldatengesetzes, der Soldat*innen verpflichtet, durch ihr „gesamtes Verhalten“ für die Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einzutreten. Auch ein Verstoß gegen diesen Paragraphen kann nun auch in der Praxis zu einer Sanktionierung oder Entlassung führen – zumindest wenn entsprechende Fälle auch gemeldet werden. Warum dies trotz einer bereits seit 2017 (mit dem Inkrafttreten des §8 im Soldatengesetzbuch) bestehenden Rechtsgrundlage erst 2019 so gehandhabt wurde, bleibt das Geheimnis des MAD.

Auch die neue Farbenlehre des MAD bleibt allerdings voller Lücken. Ein Jahr nach der Reform beklagt ein ehemaliger MAD-Offizier das verbleibende Versäumnis, dass als rechtsextremistisch eingestufte Soldat*innen zum Teil nicht entlassen würden. Ein hochrangiger Bundeswehr-Offizier stellt fest, dass nach wie vor Fälle „unter den Tisch fallen“ würden. Er sei überzeugt, dass 15 bis 20 Prozent der Soldat*innen rechtsextrem seien. Aufgrund der Personalprobleme bei der Bundeswehr sei es nicht gewünscht, diese Soldat*innen alle zu entlassen.⁴

Zudem bleibt die theoretische Handlungsgrundlage des MAD auch nach der Reform kritikwürdig: So beruft sich der Militärgeheimdienst auf den Extremismusbegriff. Wissenschaftlich ist dieser seit Jahrzehnten umstritten. Bereits im Jahr 2000 kritisierten Politikwissenschaftler*innen den Extremismusbegriff als „politischen Kampfbegriff“, der dazu beitrage, „Rassismus und Rechtsradikalismus zu verschlei-

ern“.⁵ Der Extremismusbegriff sei außerdem vage, eindimensional und unterkomplex. Zudem Sorge er für eine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus.⁶ Als Alternative zum Extremismusbegriff wurde beispielsweise das Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ entwickelt.⁷ Würde die Bundeswehr nach diesem Kriterium durchleuchtet werden, würden die „Verdachtsfälle“ vermutlich in die Zehntausende gehen – darunter auch Mitarbeiter*innen des MAD selbst.⁸

Bei den deutschen Geheimdiensten hält sich der Extremismusbegriff jedoch hartnäckig. Reformen wären dringend notwendig. Dabei stellt sich allerdings die Frage nach dem Selbstverständnis des MAD: Dient er dazu, Verfassungsfeinde in der Bundeswehr zu erkennen, um sie aus der Truppe auszuschließen, oder schirmt er – seinem Namen entsprechend – die Bundeswehr vor all zu großem gesellschaftlichem und politischem Einblick und Einfluss ab?

Anmerkungen:

- 1 IMI-Standpunkt 2018/033. Alexander Kleiß: „Sieg Heil!“-Rufe, aber keine Neonazis? Rechte Vorfälle in der Division Schnelle Kräfte der Bundeswehr. 28.9.2018. imi-online.de
- 2 Ebd.
- 3 Erster Bericht der Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle zur Unterrichtung der Leitung des BMVg, des parlamentarischen Raums und der Öffentlichkeit. Berichtszeitraum 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019. Download: bmvg.de
- 4 Panorama: Bundeswehr: Nazis bleiben, Informant muss gehen. 5.3.2020. daserste.ndr.de
- 5 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Ist der Begriff des Extremismus sinnvoll und hilfreich? Kritische Überlegungen zum Extremismusbegriff. lpb-bw.de
- 6 Ebd.
- 7 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Was ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)? demokratie-bw.de
- 8 Prozess gegen MAD-Agenten. Wer warnte „Hannibal“? 24.2.2021. tagesschau.de

Rechte (Netzwerke) vor Gericht

Wie die Justiz einen vermeintlichen Schlusstrich unter das Hannibal-Netzwerk zieht

von Luca Heyer

Frankfurt, 15. Juli 2022: Der seit Mai 2021 laufende Prozess gegen den ehemaligen Bundeswehrsoldaten Franco Albrecht geht zu Ende. Das Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt: fünf Jahre und sechs Monate Haft wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

Albrecht wird seitens der Gerichte und der Ermittlungsbehörden als Einzeltäter, der jetzt hinter Gittern sitzt, dargestellt. Also Ende gut, alles gut? Nein, leider verhält es sich anders:

Franco Albrecht ist Teil des Hannibal-Netzwerks, über das die Informationsstelle Militarisierung (IMI) in der Vergangenheit mehrfach berichtete¹ und die Rosa-Luxemburg-Stiftung diverse Veranstaltungen zum Thema veranstaltete bzw. förderte.² Zahlreiche (teils ehemalige) Bundeswehrsoldaten und Polizisten sind Teil dieses rechten Netzwerks. Aus dem Netzwerk heraus kam es zu Vorbereitungen von Terroranschlägen und Umsturzplänen für einen „Tag X“. Zahlreiche Protagonisten legten Waffen- und Munitionsdepots an, so auch Franco Albrecht. Bis heute sind jedoch viele Fragen ungeklärt. Das liegt auch am Unwillen von Polizei, Justiz und Geheimdiensten, die Netzwerkstrukturen hinter den einzelnen Beschuldigten zu ermitteln und offenzulegen.

Franco Albrecht ist momentan die vorerst letzte Person, die dem engeren Kreis des rechten Netzwerks zugeordnet werden kann, die verurteilt wurde. In diesem Artikel sollen die bisherigen Verfahren gegen Protagonisten des Hannibal-Netzwerks noch einmal unter die Lupe genommen werden. Vorweg geschoben die nüchterne Erkenntnis: Außer Franco Albrecht befinden sich aktuell alle weiteren Mitglieder des Netzwerks auf freiem Fuß. Das Netzwerk stellt somit noch immer eine erhebliche Gefahr dar.

André S. (Hannibal)

Der ehemalige Soldat André S. ist die zentrale Person im Hannibal-Netzwerk. Unter dem Decknamen „Hannibal“ administrierte er mehrere Chats rechter Prepper, die sich auf den Tag X vorbereiteten. Außerdem gründete er den Verein Uniter, bei dem es zahlreiche Verbindungen zu den Chatgruppen gab. Unter steht mittlerweile im Fokus des Verfassungsschutzes. Im Rahmen von Uniter arbeitete S. auch am Aufbau paramilitärischer Einheiten und organisierte militärtaktische Trainings für Zivilist*innen, bei denen er höchstwahrscheinlich Wissen aus seiner Ausbildung beim Kommando Spezialkräfte (KSK) weitergab.

Im Sommer 2017 wurden wegen seiner Nähe zu Franco Albrecht seine Stube in der Kaserne in Calw, seine Wohnung in Sindelfingen sowie das Haus seiner Adoptiveltern in Halle durchsucht. Obwohl S. vorher gewarnt wurde, fand die Polizei in seiner Wohnung und der seiner Eltern unter anderem Patronen, Nebel- und Signalgranaten sowie eine Kiste, in der sich Zünder von Handgranaten befanden – alles aus Bundeswehrbeständen.³ Insbesondere die Zünder für die Übungshandgranaten könnte „Hannibal“, der früher Zugangssprenger beim KSK war und sich mit Sprengstoff auskennt, auch zum Zünden gefährlicherer Sprengstoffladungen vorgesehen haben. Es ist unklar, was er aufgrund der Warnung noch alles verschwinden lassen konnte.

Für seine Rolle als zentrale Person im Hannibal-Netzwerk und seine Kontakte zu mehreren Personen, die mutmaßlich Anschläge verfolgten, wurde S. nie juristisch belangt. Im Fall von Franco Albrecht galt er lediglich als Zeuge. Zwei Gerichtsprozesse gab es dennoch gegen ihn, die jeweils mit Geldstrafen endeten.

Das erste Mal stand S. Anfang 2020 vor Gericht. Verantworten musste er sich für die Munition und die

Granaten, die die Polizei bei ihm im Sommer 2017 fand. Gegen einen Strafbefehl, der zuvor gegen ihn ergangen war, hatte er Widerspruch eingelegt. Deshalb kam es zum Prozess. Dieser endete mit einer Geldstrafe von 1.800 Euro: 120 Tagessätze zu je 15 Euro. Damit bestätigte das Gericht die Zahl der Tagessätze, die auch zuvor bereits in dem Strafbefehl verhängt worden war. Die Strafhöhe dürfte jedoch deutlich gemildert worden sein – u.a. deshalb, weil André S. nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr eigenen Angaben zufolge kaum noch Einnahmen hat. Vor Gericht erschienen war der Ex-Soldat nicht.⁴

Die Strafe von gerade einmal 1.800 Euro für S. dürfte wenig Abschreckungspotenzial gehabt haben. Er verlor damit zwar immerhin seine Erlaubnis zum Besitz von Waffen, das Urteil ist jedoch milde, bedenkt man seine zentrale Rolle in dem rechten (Terror-)Netzwerk. Dass die Strafe so gering ausfällt, liegt auch daran, dass genau dieses Netzwerk vor Gericht überhaupt keine Rolle spielte. So waren sich die Staatsanwältin und der Verteidiger einig, dass „über den Komplex Franco A. genug geredet worden“ sei – darum gehe es nicht.⁵

Ein Jahr später kam es zu einem weiteren Gerichtsprozess gegen S. wegen eines paramilitärischen Unter-Trainings in der Nähe von Mosbach, in Nordbaden, im Jahr 2018. Damals hatten die sogenannte Defence Unit sowie die Medical Response Unit von Uniter ein militärtaktisches Reaktionsschießen unter der Leitung von S. abgehalten. Der Prozess endete in zweiter Instanz im Januar 2022 mit einer Geldstrafe von 1.500 Euro und der Rückgabe der dafür genutzten Waffen.⁶ Bei beiden Prozessen war S. nicht persönlich anwesend, sondern ließ sich durch seinen Anwalt vertreten.⁷

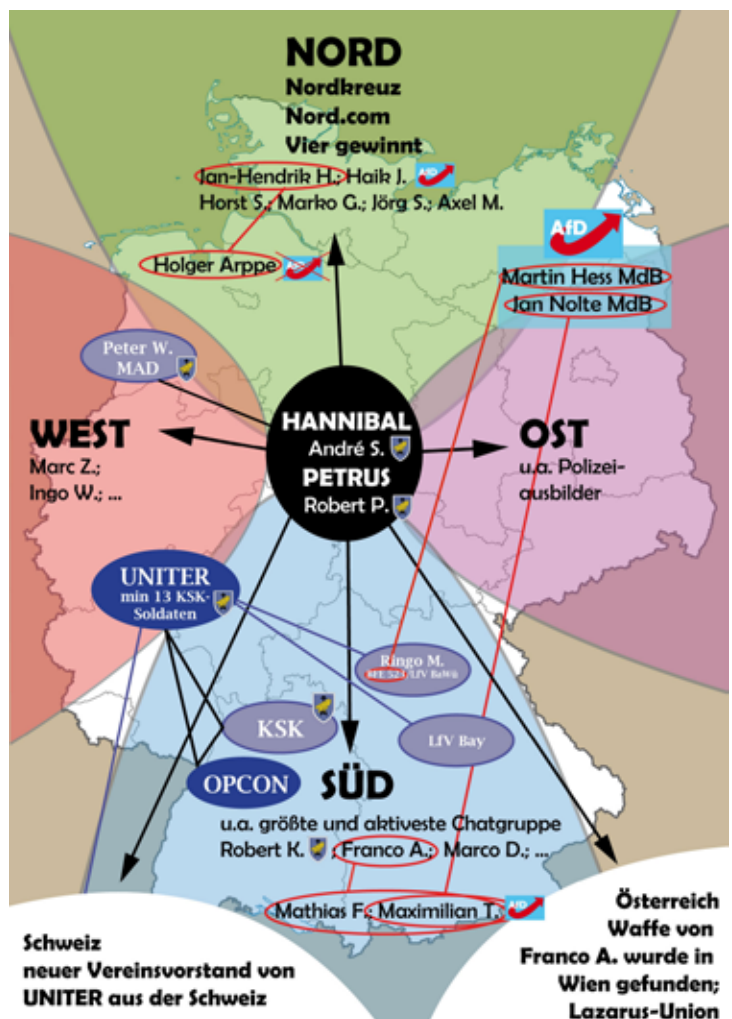
Nordkreuz

Eng verbunden mit „Hannibal“ ist ein Geflecht rechter Chatgruppen. Allein für Norddeutschland gab es vier davon, die Teil dieses Netzwerks waren. Die Gruppe Nord beispielsweise hatte 73 Mitglieder und die Gruppe Nordkreuz umfasste 41 Mitglieder.⁸ Die dortigen Protagonist*innen tauschten sich u.a. über Pläne eines bewaffneten Umsturzes an einem sogenannten „Tag X“ und Massenhinrichtungen aus. Geplant wurde u.a. die Beschaffung von Leichensäcken und Ätzkalk, mit dem Leichen schneller unkenntlich gemacht werden können. Außerdem

wurden Waffen- und Munitionsdepots sowie eine Feindesliste mit etwa 25.000 Namen und Adressen angelegt. Ein Teil der Daten stammte mutmaßlich von Polizeicomputern.⁹

Marko G.

Die Chatgruppe Nordkreuz sowie zwei weitere der Chatgruppen administrierte der Ex-SEK-Polizist und Ex-Bundeswehrsoldat Marko G.. Bei ihm wurden (wie auch bei einzelnen weiteren Chatmitgliedern) mehrere Razzien durchgeführt. Im Zusammenhang mit den Tag-X-Planungen der Gruppe gilt er jedoch von Beginn an nicht als Beschuldigter, sondern als Zeuge – trotz seiner Funktion als Administrator der Chatgruppen. So wurden auch die Razzien bei ihm als Zeugen, nicht als Beschuldigtem durchgeführt. Bei den Razzien kam ein unbeschreiblich großes Waffenarsenal mit rund 55.000 Schuss Munition, leichteren Waffen bis hin zu schweren Kriegswaffen zum Vorschein. Teils waren diese im Haus verteilt, teils in einem Erddepot im Garten vergraben. Deshalb wurde gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet und G. gilt nur in diesem Verfahren als Beschuldigter.¹⁰ Nach einer mehrmona-



Das Netzwerk der rechten Prepper:
Institutionen, Personen und Chatgruppen.
(Grafik: Informationsstelle Militarisierung e.V.)

tigen Untersuchungshaft endete das Verfahren gegen ihn im Dezember 2019 mit einer erstaunlich milden Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten, sodass er seitdem wieder auf freiem Fuß ist.¹¹

Das Gericht versagte an mehreren Stellen, vor allem was die Motivlage, die Umstände des Verschwindens der Munition und die Frage nach Mittätern angeht:

So deutet einiges darauf hin, dass G. eine bei ihm gefundene Maschinenpistole aus Bundeswehrbeständen entwendet haben könnte. Zum Zeitpunkt des Verschwindens der Waffe, 1993, war er bei der Bundeswehreinheit, wo die Schnellfeuerwaffe verschwand: dem Panzergrenadierbataillon 421 in Brandenburg. Das Gericht sah eine mutmaßliche Schutzbehauptung des Ex-Soldaten, er habe die Waffe 2009 oder 2010 illegal gekauft, jedoch als erwiesen an.

Ein Teil der Munition stammte aus den Beständen verschiedener Polizeispezialeinheiten, u.a. der SEK-Einheit in Mecklenburg-Vorpommern, bei der G. lange tätig war. Zunächst war die Polizei davon ausgegangen, dass drei Kollegen ihm beim Diebstahl der Munition geholfen hätten. Im Urteil ist die Rede davon, er habe „erfolglos“ versucht, diese dazu zu überreden.

Und auch bei der letztlich entscheidenden Frage, was G. mit den Waffen vorhatte, überzeugt die Version des Gerichts nicht. So sei es nicht feststellbar, dass er konkret beabsichtigt hätte, Waffen und Munition „bei Eintritt des Tages X in nicht rechtskonformer Art und Weise zu nutzen“. Zum einen bleibt es wohl das Geheimnis des Gerichts, was eine legale Art der Nutzung illegaler Schnellfeuerwaffen am „Tag X“ gewesen wäre, zum anderen ist es (u.a. nachweislich der Chatprotokolle und Zeugenaussagen) durchaus naheliegend, dass das Horten von Munition und Waffen im Zusammenhang mit den Umsturzplanungen für den „Tag X“ und den für diesen Zeitpunkt geplanten Erschießungen politischer Gegner*innen stand.¹² Der Fall Marko G. scheint aus juristischer Sicht damit jedoch zunächst offiziell abgeschlossen zu sein. Hätte das Gericht die Frage des Motivs für das Waffenhorten nicht konsequent ausgeblendet, dann wären durchaus schwerwiegendere Anklagepunkte infrage gekommen. Von Nordkreuz-Mitgliedern und Angehörigen gab es nach dem Urteilsspruch Beifall für das Gericht – das sagt eigentlich alles.¹³

Jan-Hendrik H. und Haik J.

Gegen den Anwalt Jan-Hendrik H. und den Ex-Polizisten Haik J. – beide Nordkreuz-Mitglieder – wurde ebenfalls ermittelt. Was die Feindesliste und die „Tag-X“-Planungen anbelangt, sind sie die einzigen

Beschuldigten. Ein anderes Nordkreuz-Mitglied hatte den NSU-Sympathisanten H. bei der Polizei beschuldigt, einen Ordner mit 25.000 Namen und Adressen zu besitzen, in dem Personen, die „weg“ müssten, aufgelistet sind.¹⁴ Auch bei ihnen führte die Polizei Razzien durch. Die Liste oder zumindest Teile davon wurden dabei offenbar gefunden. Ein Großteil der Namen und Adressen stammt aus einem rechtsmotivierten Hack des linksalternativen Mailorders Impact. Die Liste ist allerdings durch weitere Namen und Informationen ergänzt. Einiges deutet darauf hin, dass der Ex-Kriminalpolizist J. diese sensiblen Daten von Polizeicomputern abrief und beisteuerte. Doch auch diese beiden Personen sind auf freiem Fuß. Der Grund: Es gab vier Jahre nach der ersten Razzia noch nicht einmal eine Anklage. Das Verfahren wurde von Anfang an, seit 2017, von der Bundesanwaltschaft geführt. Ermittelt wurde wegen des Vorwurfs der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Bei diesem Straftatbestand sind, wie der Name sagt, bereits Vorbereitungshandlungen strafbar.

Die Bundesanwaltschaft stellte die Verfahren allerdings im Januar 2022 sang- und klanglos ein.¹⁵

Der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction¹⁶ zufolge wurde im Juni 2021 noch gegen vier weitere Personen ermittelt. Weitere Hintergründe hierzu sind nicht bekannt. Es ist davon auszugehen, dass auch deren Verfahren mittlerweile eingestellt wurden.

Dass jedoch nur gegen sieben Personen bei Nordkreuz überhaupt ermittelt wurde und dass bislang nur einer davon (zu einer milden Strafe) verurteilt wurde, zeigt wie fahrlässig die Justiz mit den rechten Terrorplänen umgeht. Die Gruppe hatte immerhin mehr als 40 Mitglieder. Nicht nur diese Netzwerke, sondern auch andere rechte Strukturen und Akteure dürften sich durch dieses Vorgehen der Justiz bestätigt fühlen, wie auch die Bundesregierung indirekt einräumt: „Die Bundesregierung geht von einem Fortbestand der Gruppierung aus. Nach den der Bundesregierung vorliegenden Erkenntnissen verfügen mehrere Gruppenmitglieder über einen Zugang zu legalen Schusswaffen.“¹⁷ Einigen Nordkreuz-Mitgliedern wurde also nicht einmal der legale Zugang zu Schusswaffen entzogen – ein Versagen des Staates auf ganzer Linie.

Philipp S.

Gewaltige Waffendepots legte auch Philipp S. an. Im Mai 2020 fand die Polizei bei dem damaligen KSK-Soldaten im Garten vergraben rund 7.000 Schuss Munition, Sprengstoff, Granaten, Zünder und Waffen

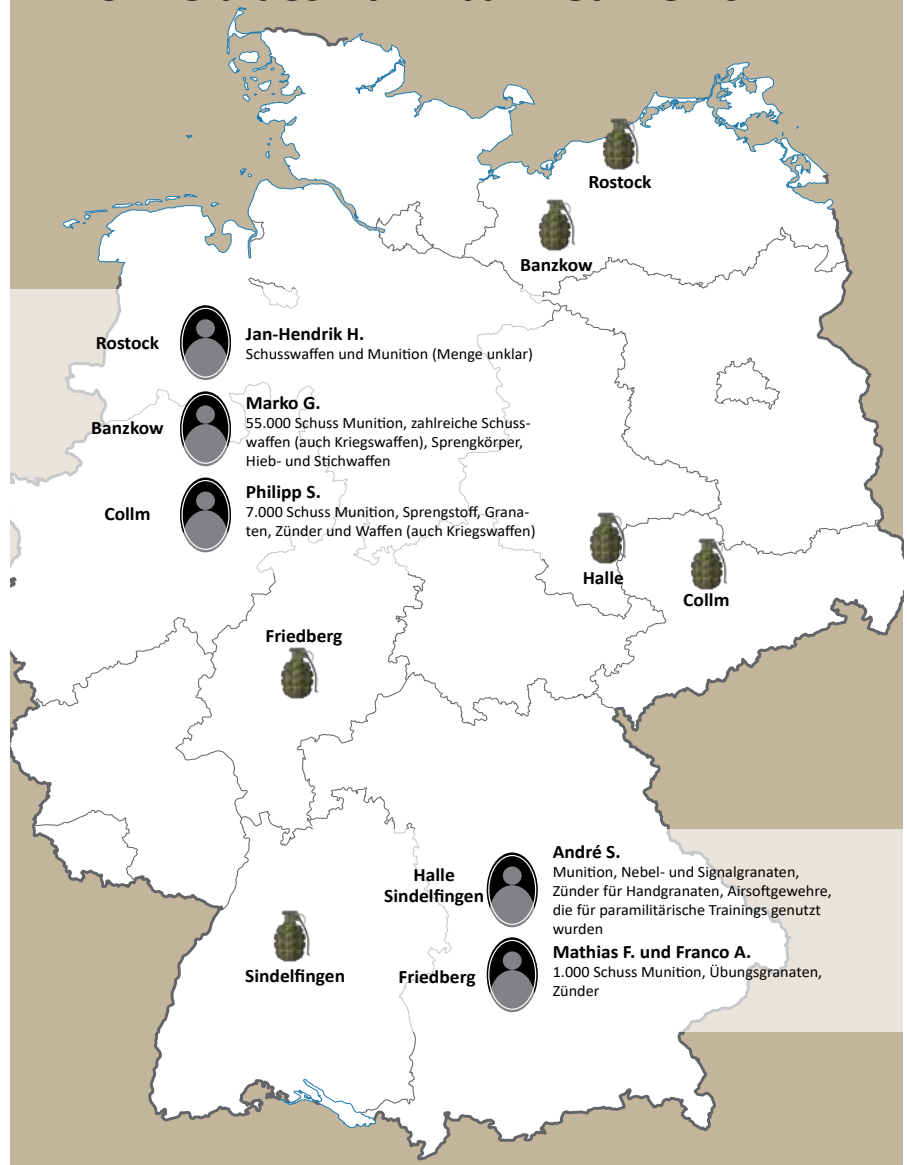
– größtenteils aus Bundeswehrbeständen. Im Haus fanden sich ein SS-Liederbuch, Neonazi-Zeitschriften und Postkarten mit Hakenkreuz.¹⁸ Bewiesen sind bei ihm zumindest Kontakte zu einzelnen Protagonisten von Nordkreuz. Durch seine Tätigkeit beim KSK sind Kontakte zu mehreren anderen wichtigen Mitgliedern des Hannibal-Netzwerks zumindest zu vermuten. Auch das Anlegen von Waffendepots mit Munition aus Beständen von Spezialeinheiten erinnert sehr an das Vorgehen mehrerer weiterer Personen des Netzwerks. 2017 soll S. bei einer internen KSK-Feier den Hitlergruß gezeigt haben.¹⁹

Im März 2020 wurde er wegen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Ähnlich wie Marko G. verließ S. den Gerichtssaal nach mehreren Monaten Untersuchungshaft damit als freier Mann. Die Staatsanwaltschaft hatte zwei Jahre und sechs Monate Haft ohne Bewährung gefordert, die Verteidigung eine zehnmonatige Bewährungsstrafe. Wie in vielen ähnlichen Fällen spielte die Motivation des Täters für das Anlegen des Waffen- und Munitionsdepots keine Rolle. Es bleibt nach wie vor offen, was S. mit den Waffen vorhatte. Auch die neonazistische Einstellung des ehemaligen Soldaten spielte eine untergeordnete Rolle. Die Bundesregierung hat keine Zweifel daran, „dass es sich bei S. um einen seit langer Zeit ideologisch überzeugten und aufgrund seiner Spezialisierung besonders gefährlichen Rechtsextremisten handelt.“²⁰ In der Urteilsbegründung ist hingegen nur von Anhaltspunkten für eine „rechtsnationale Einstellung“ die Rede.²¹ Die Frage, wie genau S. an die Munition und die Waffen kam, blieb ebenfalls offen. Klar ist, dass ein Großteil aus Beständen des KSK stammte. Unklar ist, wie genau sie von dort den Weg in das Waffendepot in Sachsen fanden. Auch die Frage, inwiefern S. Mittäter hatte und was genau es mit den Kontakten zu Nordkreuz auf sich hatte, bleibt offen.

Franco Albrecht

Der ehemalige Bundeswehrsoldat Franco Albrecht wurde wegen Terrorplanungen wie eingangs beschrieben verurteilt. Er soll geplant haben, unter einer falschen Identität als Geflüchteter Anschläge zu begehen. Dafür hatte er sich Waffen und Munition aus Bundeswehrbeständen beschafft, mögliche Ziele ausspioniert und sich Notizen mit Anschlagsplänen gemacht. Außerdem hatte er sich eine falsche Identität als Geflüchteter beschafft. Albrecht war Mitglied einer der „Hannibal“-Chatgruppen und besaß ein Uniter-Patch.

Munitions- und Waffenfunde im Umfeld des Hannibal-Netzwerks



Quer durch die Republik wurden im Umfeld des Hannibal Netzwerks gestohlene Waffen gefunden. Trotz nachweislicher Pläne, an einem Tag X politische Gegner auszuschalten, wurden die Ermittlungen größtenteils eingestellt. (Grafik: Informationsstelle Militarisation e.V.)

Seit seinem Aufliegen 2017 wurde gegen ihn wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat ermittelt. Bis es 2021 dann endlich zur Gerichtsverhandlung kam, dauerte es jedoch ungewöhnlich lange. Bereits nach einem halben Jahr war er aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Lange sah es so aus, als würde es bei seinem Verfahren nur um Betrug wegen der erschlichenen Asylleistungen gehen. Die Anklage gegen Albrecht wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat wurde vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main im Juni 2018 zunächst abgewiesen. Es sei nicht erwiesen, dass Albrecht fest entschlossen gewesen sei, die geplanten Taten zu begehen.²²

Im Mai 2021 begann dann auf öffentlichen Druck seitens der Zivilgesellschaft hin endlich das Verfahren vor dem Oberlandesgericht Frankfurt, das die Anklage ursprünglich abgewiesen hatte. Albrecht nutzte den Prozess als politische Bühne. Bereits kurz vor dem Prozessbeginn gab er RT Deutsch ein halbstündiges Interview. Darin deutete er bereits seine Prozessstrategie an. Albrecht wollte sich einerseits als unschuldig, unpolitisches Justizopfer darstellen, andererseits aber durchaus rechte und verschwörungstheoretische Narrative, z.B. bezüglich der Asylpolitik, vor Gericht thematisieren und dadurch in die Medien bringen. Mittlerweile ist das Video nicht mehr abrufbar.

Albrechts Prozessstrategie ging allerdings nicht auf. Das Gericht verurteilte ihn zu fünfeinhalb Jahren Haft wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, Betrugs sowie Verstößen gegen das Waffen-, Kriegswaffenkontroll- und Sprengstoffgesetz. Vom Gericht wird ihm eine „völkisch-nationalistische, rechtsextremistische Gesinnung“ attestiert. Er gilt als rechtsradikaler Terrorist.²³ Dass das Gericht in diesem Fall die rechtsradikale Gesinnung des Angeklagten ins Urteil einfließen lässt, ist gut und im vorliegenden Komplex leider ein Einzelfall. Problematisch am gesamten Gerichtsprozess gegen Albrecht war, dass dieser von Anfang an als Prozess gegen einen Einzeltäter konzipiert wurde. Dadurch bleiben die Netzwerke des rechtsradikalen Terroristen Albrecht leider weiter im Dunkeln. Außerdem entsteht der falsche Eindruck, der Staat greife gegen rechtsmotivierten Terror hart durch und die Terrorgefahr sei damit vorerst gebannt – eine Fehleinschätzung, wenn man sich das gesamte Netzwerk ansieht.

Mathias F.

Albrecht schmiedete seine Terrorpläne, wie bereits angedeutet, nicht alleine. Einer seiner Komplizen war

Mathias F., ein Freund mit extrem rechter Gesinnung aus Jugendzeiten. Bei ihm hatte Albrecht u.a. mehr als 1.000 Schuss Munition aus Bundeswehrbeständen gelagert. Im September 2019 wurde F. wegen dieser Verstöße gegen das Waffengesetz, das Sprengstoffgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt. Die rechte Gesinnung des Angeklagten, so der vorsitzende Richter, habe er in sein Urteil nicht einfließen lassen.²⁴ Ungeklärt blieb auch, inwiefern F. von Terrorplanungen wusste. Es ging nur um die Munition – F. bleibt damit auf freiem Fuß.

Maximilian T.

Ein weiterer mutmaßlicher Komplize Albrechts ist Maximilian T.. Er deckte Albrecht gegenüber Vorgesetzten in der gemeinsamen Bundeswehreinheit und könnte an den Terrorplanungen beteiligt gewesen sein. Bei ihm wurde eine Liste mit möglichen Anschlagsszielen gefunden. Albrecht und T. hatten ein enges persönliches Verhältnis. Der Bundeswehrgeheimdienst MAD und der Verfassungsschutz stufen T. als Rechtsextremisten ein. Dennoch wurden bereits 2018 sämtliche Ermittlungen gegen ihn eingestellt.²⁵ Über die genauen Hintergründe ist nichts Näheres bekannt.

Ringo M.

Exemplarisch für viele Fälle, die nie im eigentlichen Sinne juristisch aufgearbeitet wurden, soll hier die Person Ringo M. Erwähnung finden. Ringo M. war bis 2015 Polizist und von da an Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg. 2016 wurde er erster Vorstand des Vereins Uniter. Während seiner Tätigkeit als Vorstand begann Uniter paramilitärische Trainings zu organisieren und verschmolz immer weiter mit Chatgruppen rechter Prepper. Im Januar 2017 legte er seine Vorstandstätigkeit für Uniter nieder – angeblich aus privaten Gründen. 2019 wurde seine gleichzeitige Tätigkeit für Uniter und den Verfassungsschutz öffentlich bekannt.²⁶ Durch den öffentlichen Druck wurde mutmaßlich ein internes Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet, in dessen Folge er versetzt wurde – zur Kriminalpolizei Baden-Württemberg.²⁷ Im Bereich der Kriminalpolizei ist auch der polizeiliche Staatsschutz angesiedelt, der für die Verfolgung politisch motivierter Straftaten zuständig ist. Nach seiner Tätigkeit beim LfV wäre es naheliegend, dass M. dorthin versetzt wurde – auch dort könnte er als Person, die im Hannibal-Netzwerk bestens vernetzt ist, weiterhin erheblichen Schaden anrichten. Interne Dis-

ziplinarverfahren und Versetzungen stellen sich somit als zahnlos heraus – nicht nur im Fall von Ringo M..

Kein Schlusstrich!

Zentrales Problem der (Nicht-)Aufarbeitung ist, dass die Justiz das Netzwerk als eine Summe vermeintlicher Einzelfälle verhandelt. Auch die Bundesregierung hatte zuvor mantraartig immer wieder von „Einzelfällen“ gesprochen. Dadurch ging es bei den Gerichtsprozessen, die stattfanden, immer wieder um Waffen- und Munitionsdepots, jedoch nie darum, welche gemeinsamen Pläne die jeweiligen Personen mit diesen Waffen hatten.

Auffällig ist auch, dass es nicht zu Ermittlungen oder Verfahren wegen der Bildung bzw. Unterstützung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung kam, obwohl sich ein solches Verfahren im vorliegenden Fall geradezu aufgedrängt hätte. Gegen Antifaschist*innen wird dieses Instrument nur allzu gerne in Stellung gebracht.

Es steht zu befürchten, dass die Justiz mit dem Abschluss des Verfahrens gegen Franco Albrecht einen Schlusstrich unter das Thema Hannibal-Netzwerk ziehen möchte – obwohl das Netzwerk weiter handlungsfähig ist und die Netzwerkstrukturen nicht aufgeklärt wurden. Polizei und Justiz versagen bei der Aufklärung rechter Netzwerke und scheitern auch dabei, die Gefahr zu bannen, die von diesen Netzwerken ausgeht. Das sollten wir nicht zulassen! Es bleibt weiterhin wichtig, dass die Zivilgesellschaft – von antifaschistischen Strukturen bis hin zu den Medien – hier Aufklärungsarbeit leistet und damit den Druck aufrecht erhält.

Anmerkungen:

- 1 u.a. IMI-Studie 2019/04b. Luca Heyer: Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten. imi-online.de
- 2 u.a. IMI-Studie 2019/04b. Luca Heyer: Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten; nö theater: Der Hannibal Komplex - Dokumentarisches Theaterstück zu rechten Netzwerken in der Bundeswehr. imi-online.de
- 3 1.800 Euro Strafe für „Hannibal“. 4.2.2020; Protokoll des Gerichtsverfahrens gegen André S. am 3.2.2020 vor dem Amtsgericht Böblingen. blog.zeit.de
- 4 Ebd.
- 5 Protokoll des Gerichtsverfahrens gegen André S. am 3.2.2020 vor dem Amtsgericht Böblingen.

- 6 Schießübung des Uniter-Netzwerks. Hannibal bekommt Waffen zurück. 21.1.2022 stuttgarter-zeitung.de
- 7 Ebd.; Protokoll des Gerichtsverfahrens gegen André S. am 3.2.2020 vor dem Amtsgericht Böblingen.
- 8 Drucksache 19/31238. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner u.a. und der Fraktion DIE LINKE: Neue Erkenntnisse zum rechten Nordkreuz-Netzwerk. 28.6.2021. bundestag.de
- 9 Rechter Terror in Deutschland: Auf der Feindesliste. 6.7.2019. taz.de
- 10 IMI-Studie 2019/04b. Luca Heyer: Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten. imi-online.de
- 11 Taz: Rechter Nordkreuz-Popper Marko G.: „Eine einmalige Verfehlung“. 24.4.2020. taz.de
- 12 Ebd.
- 13 Panorama: Bewährungsstrafe für „Nordkreuz“-Chef. 20.12.2019. daserste.ndr.de
- 14 Leichensäcke und 40.000 Schuss Munition für den „Tag X“. 19.9.2019. welt.de
- 15 Generalbundesanwalt beendet Ermittlungen gegen »Nordkreuz«-Mitglieder. 21.1.2022. spiegel.de
- 16 Drucksache 19/31238. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner u.a. und der Fraktion DIE LINKE: Neue Erkenntnisse zum rechten Nordkreuz-Netzwerk. 28.6.2021. bundestag.de
- 17 Ebd.
- 18 Taz: Urteil im Prozess gegen KSK-Soldaten: Alles völlig normal. 12.3.2021. taz.de
- 19 Ermittlungen gegen KSK-Soldaten. Die Kisten von Collm. 19.10.2020. tagesschau.de
- 20 MDR: Ministerium: KSK-Soldat Philipp S. besonders gefährlicher Rechtsextremist. 23.3.2021.
- 21 Urteil im Prozess gegen KSK-Soldaten: Alles völlig normal. 12.3.2021. taz.de
- 22 IMI-Studie 2019/04b. Luca Heyer: Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten. imi-online.de
- 23 Bundeswehroffizier verurteilt. Fünfeinhalb Jahre Haft für Franco A.. 15.7.2022. tagesschau.de
- 24 Gestohlene Bundeswehr-Munition: Erstes Urteil im Komplex Franco A.. 16.9.2019. taz.de
- 25 Rechte Bedrohung im Bundestag: Maximilian T. ist Rechtsextremist. 28.2.2020. taz.de
- 26 IMI-Studie 2019/04b. Luca Heyer: Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten. imi-online.de
- 27 Uniter-Mitbegründer arbeitet jetzt bei der Kriminalpolizei. 6.3.2020. spiegel.de

AfD in rechten Netzwerken

Politischer Arm des Rechtsterrorismus?

von Luca Heyer

2019 hatte der SPD-Politiker Michael Roth die Alternative für Deutschland (AfD) als „politischen Arm des Rechtsterrorismus“ bezeichnet.¹ Anlass war damals der rechtsmotivierte Terroranschlag in Halle. Doch auch mit Blick auf das Hannibal-Netzwerk kann man zu einem ähnlichen Schluss gelangen. Vor allem für die Gruppe Nordkreuz war die AfD mit ihrer Hetze gegen Geflüchtete Ideengeberin für die rechten Prepper: So bereiteten sich diese auf den „Tag X“ vor, den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung. Der aus Sicht der Prepper wahrscheinlichste Auslöser für den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung war der vermeintlich ungebremszte Zuzug von Geflüchteten² – ein Narrativ, das vor allem die AfD geprägt hatte.

Nordkreuz

Doch die AfD prägte das Netzwerk nicht nur durch vermeintliche Legitimierung auf diskursiver Ebene. Es gibt auch eine Vielzahl von Verbindungen zwischen zentralen Figuren des Hannibal-Netzwerks in Norddeutschland und der AfD:

Ein Beispiel ist der ehemalige Polizist Haik J., gegen den fünf Jahre lang ein Verfahren wegen der Vorbereitung schwerer, staatsgefährdender Gewalttaten lief, weil er sich mit anderen auf die Ermordung politischer Gegner*innen am Tag X vorbereitet haben soll. Die AfD Mecklenburg-Vorpommern wählte das AfD-Mitglied – noch während die Terrorermittlungen liefen – zum stellvertretenden Vorsitzenden des internen Arbeitskreises für Innere Sicherheit.³

Auch dessen Vertrauter Jan-Hendrik H., gegen den wegen desselben Sachverhalts ermittelt wurde, stand schon während der Terrorplanungen in engem Kontakt mit dem damaligen AfD-Politiker Holger Arppe. Dieser soll im Mai 2015 über H. gesagt haben: „Ich würde sagen, er ist ziemlich rechtskonservativ. Aber auch schon sehr pessimistisch. Er glaubt, dass es fast

schon zu spät ist, da der Organisationsvorsprung der Linken kaum noch aufzuholen ist. Und wenn jetzt auch noch die AfD scheitert, dann ist es eben gut, wenn man einen Schrank voller Gewehre und 'ne Munitionskiste in der Garage hat.“⁴ H. würde außerdem gut in die Reihen der AfD passen.⁵ Hier wird deutlich, wie nah sich die AfD und die rechten Prepper sowohl inhaltlich als auch persönlich stehen.

Neben Haik J. und Jan-Hendrik H. fällt auch der Admin der Nordkreuz-Chatgruppe Marko G. durch seine Nähe zur AfD auf. Ob er AfD-Mitglied ist, ist nicht bekannt, er nahm aber 2015 an einem Aufmarsch der AfD in Schwerin teil.⁶ Allem Anschein nach war dies die Phase seiner Radikalisierung.

Maximilian T.

Doch auch in anderen Teilen des Hannibal-Netzwerks ist eine Nähe zwischen AfD und Neonazis mit Terrorplänen sichtbar. Maximilian T., der ein enger Freund von Franco A. ist und bei dem auch Feindeslisten gefunden wurden, ist AfD-Mitglied. Auch er war Mitglied in einer der rechten Prepper-Chatgruppen. Auch er wurde noch während das Terrorverfahren gegen ihn lief vom AfD-Abgeordneten Jan Nolte als Bundestagsmitarbeiter eingestellt.⁷ Als das Verfahren gegen ihn später eingestellt wurde, erhielt er sogar einen Bundestagshausausweis, wodurch er im Bundestag freien Zutritt hatte – ohne Taschenkontrolle. Zudem hatte er Zugang zu vertraulichen Unterlagen des Verteidigungsausschusses, wo es zu dieser Zeit regelmäßig um ihn und andere Chatgruppenmitglieder ging. Bis heute macht T. weiter bei der AfD Karriere. 2020 war er Schatzmeister der Jungen Alternative Sachsen-Anhalt, des Jugendverbands der AfD.⁸ Aktuell ist er sogar deren stellvertretender Vorsitzender.⁹

Tobias L.

Maximilian T. wiederum stand im Kontakt mit Tobias L., einem ehemaligen Bundeswehrsoldaten. Wegen seiner führenden Rolle bei der Identitären „Bewegung“ wurde der Burschschafter im Mai 2017 aus der Bundeswehr entlassen. Ermittlungsbehörden befürchteten, er horte illegal schwere Waffen. Zudem stand der Verdacht im Raum, Tobias L. sei Teil des Hannibal-Netzwerks und habe einen Anschlag auf die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen geplant. Wenige Tage vor einem Besuch der Verteidigungsministerin in der Bundeswehruniversität in München leitete die Staatsanwaltschaft München ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz ein. Noch am selben Tag wurde die Wohnung von Tobias L. durchsucht. Gefunden wurde nichts, doch L. schien auf die Durchsuchung vorbereitet zu sein – ein Umstand, zu dem es bei Ermittlungen gegen Beteiligte des Hannibal-Netzwerks öfter kam. Im direkten Umfeld eines Ortes, an dem die damalige Verteidigungsministerin auftreten sollte, wurden jedoch im Juni 2017 und im Oktober 2018 zwei Handgranaten gefunden.¹⁰ Nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr widmete sich L. verstärkt seinem politischen Engagement für die AfD. So war er für die Passauer Campus-Alternative, eine AfD-Hochschulgruppe, und als stellvertretender Vorsitzender der Jungen Alternative Ostbayern aktiv. Obwohl der AfD-Kreisverband nichts gegen seine Mitgliedschaft einzuwenden hatte, wurde sein Mitgliedsantrag vom AfD-Bundesverband jedoch abgelehnt mit Verweis auf seine Entlassung aus der Bundeswehr.¹¹ Für die Junge Alternative scheint er weiterhin aktiv zu sein; 2021 besuchte er z.B. ein Camp der Jungen Alternative: die patriotischen Aktionstage.¹² Die AfD scheint das nicht zu stören.

Die AfD als Bundeswehr-Partei?

Schon seit ihrer Gründung versuchte sich die AfD als selbsternannte „Soldatenpartei“¹³ darzustellen. In den ersten 18 Monaten im Parlament stellte die AfD 40 Anfragen mit Bezug zur Bundeswehr und forderte regelmäßig eine Aufrüstung der Truppe. Schätzungen zufolge waren 2019 2.100 der 35.000 AfD-Mitglieder Berufssoldat*innen. Auch unter den Funktionär*innen der AfD finden sich auffällig viele ehemalige und aktive Soldat*innen.¹⁴ Der ehemalige Landesvorsitzende der AfD in Brandenburg, Andreas Kalbitz, war vor seiner (mittlerweile zunächst beendeten) politischen Karriere Ausbilder der Fallschirmjäger in Altenstadt. Auch

Jan Nolte stellte einen Terrorverdächtigen als Mitarbeiter im Bundestag ein. (Quelle: Bundestag, Julian Islinger)



einige Mitglieder des Hannibal-Netzwerks – nicht zuletzt Hannibal selbst – durchliefen die Fallschirmjäger-Ausbildung in Altenstadt.¹⁵ Der bereits erwähnte AfD-Bundestagsabgeordnete Jan Nolte, der Maximilian T. als Mitarbeiter einstellte, war ebenfalls Berufssoldat. Auch der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Peter Felser war früher Offizier und unter anderem im Auslandseinsatz in Bosnien eingesetzt – gemeinsam mit dem rechtsintellektuellen Strippenzieher Götz Kubitschek, der der AfD ebenfalls sehr nah steht und als ihr Vordenker gilt.¹⁶ Dass gerade die AfD den Neonazis in der Bundeswehr so nahe steht, ist also kein Zufall. Sie entstammen demselben Milieu. Außerdem ist es Teil einer rechten Strategie, Soldat*innen als Teil des Gewaltmonopols auf die eigene Seite zu ziehen – zum Teil verbunden mit Aufrufen zum Putsch. Bereits 2015 rief der Herausgeber des rechten Compact-Magazins Jürgen Elsässer deutsche Soldat*innen auf, zu den Waffen zu greifen und „selbst aktiv“ zu werden: „Wartet nicht auf Befehle von oben! Diskutiert die Lage mit Euren Kameraden und werdet selbst aktiv! Nur Ihr habt jetzt noch die Machtmittel, die von der Kanzlerin befohlene Selbstzerstörung zu stoppen.“¹⁷ Solche Forderungen finden sich auch beim oben erwähnten rechten Vordenker Götz Kubitschek und dem bekannten AfD-Hardliner Björn Höcke. Höcke betrachtet Teile von Militär, Polizei und Verwaltung als wichtigen Bestandteil in seinen rechten Revolutionsfantasien. In seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluß“ beschreibt er, wie dies gelingen solle: Neben den zwei „Fronten“ auf der Straße und der AfD im Parlament sei auch noch eine dritte „Front“ wichtig, um das System zu stürzen. Diese bestehe aus „frustrierten Teilen des Staats- und Sicherheitsapparates“.¹⁸

Holger Arppe findet, Terrorverdächtige passen gut in die AfD. (Quelle: Wikiwand, Olaf Kosinsky)



Fazit

All das zeigt: Die AfD steht rechten Preppern – auch solchen mit mutmaßlichen Terrorplänen – deutlich näher als sie zugeben möchte. Sie fungieren nicht nur als ideologische Ideengeber, sondern heizen auch gezielt die Stimmung an, schüren Ängste und provozieren Gewalt. Viele der rechten Prepper fühlen sich zur AfD hingezogen und begreifen sie als ihr politisches Sprachrohr. Selbst nachdem öffentlich bekannt wird, dass bestimmte Personen im Verdacht stehen, Anschlagpläne zu schmieden oder Waffendepots anzulegen, distanziert sich die AfD und ihre Jugendorganisation kaum. Vielmehr wurden derartige Personen regelmäßig in politische Ämter gewählt oder angestellt. Aufgrund der Häufung der Fälle kann von Einzelfällen auch hier nicht die Rede sein.

Auch das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags kam bei der Untersuchung rechter Netzwerke in den Sicherheitsbehörden zu dem Schluss: „Eine Vielzahl handelnder Personen in den betrachteten Sachverhaltskomplexen steht in Verbindung zu rechtsextremistischen Bestrebungen, wie z. B. [...] dem sogenannten ‚Flügel‘ der AfD in Bund und Ländern, [...] und] der Jungen Alternative der AfD.“¹⁹

Übrigens: Die AfD hatte von dem oben erwähnten SPD-Politiker Michael Roth eine Unterlassungserklärung gefordert und versuchte ihm zu untersagen, die AfD als „politischen Arm des Rechtsterrorismus“ zu bezeichnen. Nach nur wenigen Wochen zog die AfD ihre Mahnung zurück und verkündete, nicht weiter gegen die Äußerung vorzugehen.²⁰ Vielleicht erkannte die AfD die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens und wollte verhindern, am Ende juristisch bestätigt als „politischer Arm des Rechtsterrorismus“ in der Öffentlichkeit dazustehen.

Anmerkungen:

- 1 „Arm des Rechtsterrorismus“: AfD knickt gegen SPD-Mann ein. 24.10.2019. [taz.de](https://www.taz.de)
- 2 Das „Nordkreuz“-Verfahren wurde eingestellt, doch das Netzwerk ist weiterhin aktiv. 4.2.2022. [belltower.news](https://www.belltower.news)
- 3 AfD wählt Terrorverdächtigen in Parteigremium. 31.1.2018. [focus.de](https://www.focus.de)
- 4 Sybille Bachmann: Chronologie Causa RA Hammer. 11.9.2017. [wordpress.com](https://www.wordpress.com)
- 5 Ebd.
- 6 Prozess gegen Ex-SEKler und „Nordkreuz“-Chat-Administrator Marko G.. 7.4.2020. [antifainfoblatt.de](https://www.antifainfoblatt.de)
- 7 Rechte Bedrohung im Bundestag: Maximilian T. ist Rechtsextremist. 28.2.2020. [taz.de](https://www.taz.de)
- 8 Ebd.

- 9 Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Vorstand. [jungealternative-lsa.de](https://www.jungealternative-lsa.de)
- 10 Sicherheitsbehörden befürchteten Angriff auf von der Leyen. 14.7.2019 [welt.de](https://www.welt.de) ; IMI-Standpunkt 2019/032. Weitere Erkenntnisse zum Hannibal-Komplex: Auch Burschenschaften und Identitäre Bewegung Teil des rechten Netzwerks? 26.7.2019. [imi-online.de](https://www.imi-online.de)
- 11 IMI-Standpunkt 2019/032. Weitere Erkenntnisse zum Hannibal-Komplex: Auch Burschenschaften und Identitäre Bewegung Teil des rechten Netzwerks? 26.7.2019 [imi-online.de](https://www.imi-online.de); Wollte der Würzburger AfD-Kreisverband wirklich einen Rechtsextremisten aufnehmen? 14.6.2022 [mainpost.de](https://www.mainpost.de)
- 12 Völkische Verbindungen kappen! 21.8.2021. twitter.com
- 13 Maria Fiedler: Truppen sammeln. Die AfD als selbsternannte Soldaten-Partei. In: Heike Kleffner, Mathias Meisner (Hrsg.): Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz. 2019.
- 14 Ebd.
- 15 Die rechtsradikale „Kreuz“-Connection und die Bundeswehr. 23.1.2020 [rnd.de](https://www.rnd.de)
- 16 Maria Fiedler: Truppen sammeln. Die AfD als selbsternannte Soldaten-Partei. In: Heike Kleffner, Mathias Meisner (Hrsg.): Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz. 2019.
- 17 IMI-Standpunkt 2018/011. Lucius Teidelbaum: Die AfD im Verteidigungsausschuss: Einige kritische Portraits. 4.4.2018. [imi-online.de](https://www.imi-online.de)
- 18 Cihan Balikçi: Der rechte Marsch durch die Institutionen. 2020 [der-rechte-rand.de](https://www.der-rechte-rand.de)
- 19 Drucksache 19/25180. Öffentliche Bewertung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß § 10 Absatz 2 Satz 1 des Kontrollgremiumsgesetzes zum Kontrollauftrag Erkenntnisse, Beiträge und Maßnahmen von Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst, Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst zur Aufklärung möglicher rechtsextremistischer Netzwerke mit Bezügen zur Bundeswehr. 11.12.2020 [bundestag.de](https://www.bundestag.de)
- 20 „Arm des Rechtsterrorismus“: AfD knickt gegen SPD-Mann ein. 24.10.2019 [taz.de](https://www.taz.de)

Und die Polizei?

Auch Polizeibehörden haben ein massives Problem mit rechten Netzwerken

von Martin Kirsch

Seit 2017 gehören Meldungen über das Auffliegen rechter Chatgruppen und Netzwerke nicht nur in der Bundeswehr sondern auch in den Reihen der Mitarbeiter*innen deutscher Polizeibehörden zum medialen Alltag. Ein strukturelles Problem der Polizeibehörden bis hin zur Anerkennung der Existenz organisierter Netzwerke von rechten Polizist*innen wird allerdings von den verantwortlichen Politiker*innen häufig abgetan oder kleingeredet. Symptomatisch dafür ist, dass ein flächendeckender Überblick allein über die in den letzten Jahren bekannt gewordenen Fälle bisher fehlt. Öffentliche Aufmerksamkeit fiel u.a. auf die Polizisten, die als Teil des Hannibal-Netzwerks in der Teilgruppe Nordkreuz in Mecklenburg-Vorpommern z.T. von Behörden gestohlene Waffen horteten und Terrorpläne schmiedeten. (Siehe Artikel zur juristischen Aufarbeitung) Die Dimension der Probleme innerhalb der Polizeibehörden verdeutlicht allerdings ein anderer Komplex, der in der Öffentlichkeit als NSU 2.0 bezeichnet wird.

NSU 2.0 – Ermittlungen führen zu diversen rechten Chats

Die These von der sauberen Polizei, die ausschließlich durch wenige Einzeltäter in Verruf gebracht wird, bricht mit der Betrachtung dieses Tat- und Ermittlungskomplexes völlig in sich zusammen.

Seit August 2018 werden in Deutschland Drohschreiben mit dem Absender NSU 2.0 verschickt. Darin wird klar Bezug auf die rechte Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) und deren Mord- und Anschlagsserie genommen. Die Betroffenen werden aufs übelste beleidigt – sie und teils auch ihre Kinder mit dem Tode bedroht. Adressat*innen sind meist Personen, v.a. Frauen, die in der Öffentlichkeit stehen und sich gegen Rassismus, Antisemitismus und für Flüchtende und Migration einsetzen. Die erste Betroffene

war die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız, die auch die Familie eines NSU-Opfers vor Gericht vertrat. In den Drohschreiben wurden immer wieder für die Öffentlichkeit nicht zugängliche Privatadressen und Informationen u.a. über die Kinder der Bedrohten erwähnt.¹ Die mit Abstand wahrscheinlichste Quelle dieser Informationen sind die Datenbanken der Polizei.

Im Zuge der Ermittlungen fiel der Verdacht auf das 1. Polizeirevier in Frankfurt. Dort wurden in vier Fällen Daten von Betroffenen abgerufen, bevor Drohschreiben an deren Adressen verschickt wurden. Bei Ermittlungen gegen die Polizistin, die zum Zeitpunkt der Datenabfrage eingeloggt war sowie drei weitere Kolleg*innen der selben Schicht wurde die Chatgruppe „Itiotentreff“ [sic!] gefunden, in der NS-verherrlichende und übelste antisemitische und rassistische Nachrichten und Bilder ausgetauscht wurden.²

Die weiteren Ermittlungen führten allein in Hessen zu sechs Komplexen, in denen sich Polizist*innen in Chats klar rechtsradikal äußerten, Bekenntnisse zur Reichsbürgerszene abgaben, mit Neonazis zusammenarbeiteten oder an einer rassistisch motivierten Schlägerei beteiligt waren.³ Wegen rechter Chatgruppen wurde im Juni 2021 sogar eines der zwei hessischen Spezialeinsatzkommandos (SEK) mit Sitz in Frankfurt aufgelöst. Hier hatten die Ermittlungen, die den Stein ins Rollen brachten allerdings, soweit bekannt, keinen direkten Bezug zum NSU 2.0, sondern wurden wegen des Verdachts auf Kinderpornografie geführt.⁴ Insgesamt sind mittlerweile 67 rechte Chatgruppen innerhalb der Landespolizei Hessen bekannt.⁵

Die Spuren des NSU 2.0 führten hingegen auch nach Berlin. Auch dort wurden Daten mit Bezug zu den Drohschreiben von Polizeicomputern abgefragt. Auch hier gerieten Polizist*innen in den Verdacht, illegal Daten abgefragt zu haben, mit gewaltbereiten Neonazis zu kooperieren oder selbst Drohbriefe verschickt zu haben. Zudem wurde auch in der Polizei Berlin eine

Chatgruppe mit 25 Polizist*innen aufgedeckt, in der zutiefst rassistische und menschenverachtende Inhalte geteilt und Neonazis als mögliche Verbündete bei Demonstrationseinsätzen benannt wurden.⁶

Die Suche nach illegalen Datenabfragen mit Bezug zum NSU 2.0 führte auch in Nordrhein-Westfalen zu weiteren rechten Strukturen. Dort wurde die Chatgruppe „Alphateam“ aufgedeckt. Daran beteiligt waren 31 aktive oder ehemalige Beamt*innen einer Polizeiwache in Mülheim an der Ruhr. Auch hier wurden über Jahre rechte Inhalte in Chats geteilt und kommentiert.⁷ Auch hier handelte es sich nicht um die einzige rechte Chatgruppe in der Polizei NRW. Die meisten Polizist*innen, die mit den Chats in Verbindung gebracht wurden kamen äußerst glimpflich davon.⁸

Mittlerweile steht ein arbeitsloser Berliner Facharbeiter für EDV in Frankfurt für die Drohschreibenserie NSU 2.0 vor Gericht. Laut Staatsanwaltschaft soll sich Alexander M. als Polizist ausgegeben haben und am Telefon so an die Daten der Opfer gekommen sein. Auch wenn der Verdacht im Raum steht, dass es sich um eine Verteidigungsstrategie des Angeklagten handelt, sagte M. im Prozess in Frankfurt aus, dass er über das Darknet mit einer Gruppe vernetzt war, die hinter den NSU 2.0 steckt. Die Namen der Beteiligten, zu denen auch Polizist*innen gehören sollen, nennt er allerdings nicht.⁹ Unabhängig davon bestehen Vertreter*innen der Nebenklage als Vertretung der Betroffenen auf weiteren Ermittlungen gegen einen Frankfurter Polizisten.¹⁰ So sprechen alle öffentlich bekannten Indizien dafür, dass der mittlerweile entlassene Polizist Johannes S. mindestens das erste Drohfax der NSU 2.0 Serie verschickte.¹¹ Das passt allerdings nicht in das von den politisch Verantwortlichen gewünschte Bild. Nach der Festnahme von Alexander M. im Mai 2021 sprach der hessische Innenminister Beuth davon, dass die ganze hessische Polizei jetzt aufathmen könnte.¹²

Die Polizei – dein Freund und Helfer?

Auch wenn die meisten Ermittlungen im Fall NSU 2.0 nicht zu den tatsächlichen Täter*innen führten, tragen sie zu einem erschreckenden Bild bei, welche rechten Strukturen innerhalb der Polizei gefunden werden, wenn zumindest temporär mit größerem Aufwand in diese Richtung ermittelt wird. Zudem waren in allen benannten Fällen die Recherchen von Journalist*innen, Zivilgesellschaft und Betroffenen nötig, um das Geschehen an die Öffentlichkeit zu bringen.

Weil in vielen Fällen und mittlerweile auch wieder im Fall NSU 2.0 gemauert, vertuscht und abgestritten

wird, dass es rechte Strukturen in der Polizei überhaupt gäbe, oder deren Ausmaß kleingeredet wird, ist davon auszugehen, dass es sich bei den beschriebenen Komplexen nur um die Spitze eines Eisberges handelt.

Nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die deutschen Polizeibehörden haben ein strukturelles Problem mit Rassist*innen, Antisemit*innen und extremen Rechten in ihren Reihen. Neben vielen weiteren guten Argumenten sollte auch das ein Grund sein, die Polizei nicht weiter aufzurüsten, sondern über Wege und Formen nachdenken, in denen die Sicherheit der Gesellschaft nicht von bewaffneten, hierarchisch organisierten, staatlichen Strukturen abhängt. Die Black-Lives-Matter-Bewegung in den USA, die als Reaktion auf tödliche Polizeigewalt gegen schwarze Menschen entstand, ruft nicht nur nach der Abschaffung der Polizei, sondern entwickelt unter dem Namen der Transformative Justice auch spannende Konzepte, wie Konflikte in einer Gesellschaft ohne Polizei gelöst werden könnten.

Anmerkungen:

- 1 Annette Ramelsberger: Rechte bedrohen erneut Frankfurter Anwältin, 14.01.2019, [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de).
- 2 Matthias Bartsch und Jörg Diehl: Hitler-Bilder im Gruppenchat, 19.12.2018, [spiegel.de](https://www.spiegel.de); und Zeit, Daniel Müller und Martín Steinhagen: Polizist wegen rechtsextremer Drohschreiben vorübergehend festgenommen, 26.06.2019, [zeit.de](https://www.zeit.de)
- 3 Rechtsextreme in der Polizei?, 19.12.2018, [welt.de](https://www.welt.de)
- 4 Claudia Wangerin: SEK-Auflösung in Frankfurt am Main - Verhalten „wie NPD-Stammtische“, 11.06.2021, [heise.de](https://www.heise.de)
- 5 Hanning Voigts: Hessen: Polizisten waren in 67 rechten Chatgruppen aktiv, 19.05.2022, [fr.de](https://www.fr.de)
- 6 Monitor: Neue rassistische Chatgruppe bei der Polizei Berlin 01.10.2020; [wdr.de](https://www.wdr.de); sowie: Menschenverachtende Inhalte – Durchsuchungen bei fünf Berliner Polizisten wegen rechtsextremer Chats, 14.07.2021, [rbb24.de](https://www.rbb24.de)
- 7 Rechtsextremismus bei der Polizei - Einzelfälle oder strukturelles Problem?, 28.09.2020, [rnd.de](https://www.rnd.de)
- 8 Chatgruppen bei NRW-Polizei - 53 rechtsextreme Verdachtsfälle bestätigt, 13.10.2021, [n-tv.de](https://www.n-tv.de)
- 9 Konrad Litschko: War der „NSU 2.0“ wirklich allein?, 03.03.2022, [taz.de](https://www.taz.de)
- 10 Pitt von Bebenburg: „NSU 2.0“: Polizei im Zwielficht, 08.07.2022, [fr.de](https://www.fr.de).
- 11 Konrad Litschko: Versendete Polizist erstes Drohfax?, 17.03.2022, [taz.de](https://www.taz.de).
- 12 „NSU 2.0“: Polizei im Zwielficht, [fr.de](https://www.fr.de).

Impressum

Diese Broschüre wird herausgegeben von und bezogen über

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 49154

Fax: 07071 – 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de



IMI.FB



I_M_I



@imi@mastodon.social

Redaktion: Alexander Kleiß, Martin Kirsch, Luca Heyer

Layout: Pablo Flock

Bildnachweise wie angegeben außer:

Titelbild:

Zapfenstreich für den scheidenden Generalinspekteur der Bundeswehr General Volker Wieker

Quelle: Bundeswehr, Sebastian Wilke, Flickr

Eigentumsvorbehalt:

Diese Broschüre bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

Mitgliedschaftsformular

- ☐ Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Str., PLZ, Ort: _____

- ☐ Mein jährlicher Beitrag beträgt: _____ € (Der Mindestbeitrag mit Abo liegt bei 60€ im Jahr.)
☐ Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: _ _ _ _ - _ _ _ - _ _ _ - _ _ _ - _ _ _ - _ _ _

BIC: _____

- ☐ Ich richte einen Dauerauftrag ein.
☐ Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung



Datum und Unterschrift



Keine Einzelfälle !

Eine Broschüre der



Gefördert von der



Gefördert von der

